

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. • Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zelle oder deren Raum 40 Pf. • Nachdruckkosten ausgeschlossen. Postfach-Konto Hannover Nummer 57613. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Bochum, Kaiserstraße 34. • Telefon-Nummer 608 21. • Telegramm-Adresse: IABV Bochum.

Zur Reparationstheorie der Rhein-Ruhr-Industriellen.

Der „Berein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ (Langnamverein) hat wieder zu großer Fahrt gestartet. Es gilt, das Operationsfeld abzustrecken, auf dem sich die sozialpolitischen Kämpfe der Zukunft abspielen. Man muß es ihnen zugestehen: die Regie ist ausgezeichnet! Schon vor Jahresfrist legten die Vorbereitungsarbeiten ein. In unzähligen Zeitungsartikeln, Schriften, Büchern und wissenschaftlichen Vorträgen wurde die „Unhaltbarkeit“ des sozialpolitischen Kurzes der Nachkriegszeit dargelegt. Die unaufhaltbare Trockenlegung (an Kapital) unseres gesamten Wirtschaftsmechanismus wurde für die nächste Zukunft prophezeit, wenn nicht der ständigen Abzapping durch Lohn-erhöhungen, steigende Beiträge zur Sozialversicherung, Steuern usw. endlich ein Halt geboten würde. Den Beweis hierfür glaubt man dadurch bringen zu können, daß man konkrete Zahlen aufführt, die die Steigerung aus der sozial- und steuerpolitischen Belastung widerspiegeln. So beziffert Herr Geheimrat Reusch, der Vorsitzende des eingangs-erwähnten Vereins, auf dessen letzter Tagung am 8. Juli in Düsseldorf diese Steigerung seit 1. Januar 1925 auf folgende Summen: an Steuern 8,4, an Löhnen 10,026, an Gehältern 3,050 und an Sozialausgaben 1,261 Milliarden Mark.

Diese Zahlen aber besagen über den Stand der deutschen Wirtschaftlichkeit rein gar nichts, weil ihnen gegenüber die Veränderung des Preisniveaus und die Steigerung des Produktionsanteils pro Kopf der deutschen Arbeiterschaft berücksichtigt werden muß. Wo das letztere geschieht, ist festzustellen, daß die Veränderung der Preise und der Produktionsleistung der deutschen Wirtschaft pro Kopf der Arbeiterschaft jene sogenannte Mehrbelastung mehr als wettgemacht hat. Das mag stimmen, sagte nun Herr Reusch auf jener Tagung (logisch abstrakt), aber das hat zur Folge, daß durch die gestiegenen Preise unser Außenhandel nicht ermöglicht werden kann in dem Maße, wie es notwendig wäre, um den Youngschen Reparationsplan zu erfüllen.

Damit war das Stichwort zu der eigentlichen Verhandlung auf dieser Tagung des vorgenannten (Langnam-) Vereins gegeben. Sie diente also lediglich dem Zweck, die negierende Young-Plan-Diskussion in bester Weise in die Theorie der sozialpolitischen Reaktion im deutschen Unternehmertum einzubauen. Um der Sache einen objektiven und ehrbaren Anstrich zu geben, hatte man sich den bekannten Wissenschaftler Professor Dr. Adolf Weber aus München zum Referenten bestellt. Leider muß festgestellt werden, daß auch seine Darlegungen keine Besonderheit und eigene wissenschaftliche Erkenntnis offenbarten, die einer besseren Beurteilung und Wertung des Young-Planes dienen könnte, als es durch die bisherige Diskussion geschehen ist. Dazu hat er sich nicht geschaut, vielleicht auch nur aus Dankbarkeit den Unternehmern gegenüber für seine Berufung zum Referenten auf dieser Tagung, sozialreaktionäre Banalitäten in seinen Vortrag zu mischen. So glaubte er, folgende Feststellung schuldig zu sein: „Immer allgemeiner wird die Erkenntnis, daß die breiten Massen der Bevölkerung die Lasten der Tribute zahlen müssen.“ Weiterhin empfiehlt der Herr Professor eine „brutale Sparsamkeit“ als unerlässlich in Form einer „Sozialpolitik, die begreift, daß soziale Fürsorge auf Kosten der Kapitalbildung ein Widerspruch in sich selbst“ ist. Nachlässig, id. hör dir laufen! Nur möchten wir einwenden, daß Sozialpolitik heute nicht mehr allein auf Unternehmertagungen gemacht und entschieden wird.

Was aber die Behauptung angeht, daß die Erkenntnis immer mehr wächst, daß die breiten Massen, also die arbeitende Bevölkerung, die Reparationslast tragen müssen, sei nur gesagt, daß sie, die Arbeiterschaft, doch wohl selbst dabei sein muß, wenn man ihr die „Tribute“ abknüpft. Wir haben das Empfinden, als ob das eine nicht so ganz einfache Sache sei. Das um so mehr, als die Arbeiterschaft gar keinen Grund hierfür erkennen kann, weil doch die Unternehmer selbst in bester Ueberzeugung die Behauptung aufstellen, daß der Young-Plan einfach nicht erfüllt werden könnte. Warum aber das Experiment des Erfüllungsvorlesungs (nach Auffassung der Unternehmer) auf Kosten der breiten Massen, also der Arbeiter, gemacht werden soll und muß, bedarf doch noch einer näheren Erläuterung. Die organisierte Arbeiterschaft jedenfalls wird jeglichen solchen Versuch abzuwehren wissen.

Aber auch, wenn wir von diesem Grundsatze der Aufstellungen — Unerfüllbarkeit bei den Unternehmern, Erfüllung auf Kosten der breiten Massen bei Weber — absehen und uns allein und rückhaltlos auf den Boden des ethischen Versuchs der Vertragserfüllung stellen, auf dem wir uns mit allen verantwortungsbewußten Deutschen treffen, auch dann sehen wir beim besten Willen nichts von einem Zwang, die Lasten auf die Arbeiter abwälzen zu müssen. Wie ist denn die Sachlage?

Der Einfachheit halber werden Zahlungsverpflichtungen an das Ausland immer so geleistet, daß schon der Schuldner die Umwechslung seiner Geldwährung in die Währung des Gläubigers vollziehen muß. Das heißt also, daß, wenn Deutschland an Frankreich eine Reparations-schuld zu leisten hat, es für soviel Mark französische Franc kaufen muß, um sie an Frankreich abzuliefern, als der Gegenwert in Franc zu der Goldmarkschuld ausmacht. Ein Beispiel: Deutschland soll am 1. August 100 Millionen Mark an Frankreich zahlen. Die Goldmark gilt nun 6 Franc. Dann muß also Deutschland 600 Millionen Franc kaufen und diese an die französische Regierung überweisen, was gleichbedeutend ist damit, als hätte Deutschland 100 Mill. Mark bezahlt. Es wird aber nur dann jemand finden, der ihm 600 Mill. Fr. für 100 Mill. M. gibt, wenn jener Frank-verkäufer das Geld, d. h. die 100 Mill. M., gerade braucht. Er kann sie nur brauchen, wenn er sie in deutsche Waren umkehren will. Finden wir nun in Frankreich niemand, der deutsche Mark braucht, weil keiner deutsche Waren kaufen will, dann ist eben die Schuldenbezahlung unmöglich gemacht, wenn — wir nicht eine Inflation einleiten wollen. Unsere Notlage, unbedingt 600 Mill. Fr. haben zu müssen, ohne einen Abnehmer für unsere 100 Mill. M., d. h. einen Verkäufer jener 600 Mill. Fr. zu finden, würde die Spekulation ausnützen. Sie würde sagen: Wir geben euch 600 Mill. Fr., aber da wir keinen Käufer für eure Mark finden und wir deshalb ein großes Risiko eingehen, verlangen wir für 600 Mill. Fr. nicht nur 100 Mill. M., sondern 120 Millionen... Die Inflation wäre da mit all ihren verheerenden Folgen, wie wir sie noch allzu gut in Erinnerung haben und von denen die Unmöglichkeit der weiteren Reparationsleistung für das In- und Ausland noch das geringste wäre.

Man sieht, für jegliche Reparationstheorie gibt es ein zwingendes Gesetz: jegliche Reparationszahlung kann sich nur in gleicher Höhe bewegen mit dem Wertüberschuß, den wir auf dem Gebiete des Außenhandels erzielen. Die Wahrheit dieses Gesetzes hat ja die Praxis der Zahlungen auf Grund des Dawes-Planes bewiesen. Parler Gilbert sitzt wie ein hilfloser Greis auf seinem Goldmillardenmarktkonto und weiß nicht, wie er seinen Reichtum dem Auslande, den Reparationsgläubigern übermitteln soll, weil ihm niemand seine Goldmark abkauft. Parler Gilbert weiß heute schon, daß auch die Zahlungen auf Grund des Young-Planes über diese unausbleiblichen Schwierigkeiten nicht hinweghelfen werden. Und hier liegt der tiefste Grund, weshalb er seine amerikanischen Freunde das Projekt der Reparationsbank aufwerfen ließ. Erstens einmal wird ein solches Bankinstitut bedeutend größere Transferierungsmöglichkeiten schaffen können, als eine immerhin mehr amtliche Kontrollinstanz vom Charakter der Gilbertschen. Zweitens aber soll damit die finanzkapitalistische Ausbeute der sich anammelnden Reparationsbeiträge „auf eigene Rechnung“ ermöglicht werden, soweit dieselben nicht transferierbar sich erweisen sollten. Man nennt das: „Industrialisierung bzw. Erschließung wirtschaftlicher Randgebiete“. In Wirklichkeit aber heißt das nichts anderes, als künstliche Schaffung von Warenabnehmern gegen Reparationsmark. Ohne diese letztere Erklärung wäre nämlich die Idee der Erschließung wirtschaftlicher Randgebiete durch eine zu gründende Reparationsbank geradezu eine Bankrotterklärung der privatwirtschaftlichen Initiative des Weltkapitalismus. Man sieht, die Sache fängt erst an, interessant zu werden, und lehrt, daß Milliarden-schulden auch dem Gläubiger schlaflose Nächte bescheren können. Doch zurück zu unseren Industriellen.

Grundsätzlich haben auch sie bereits den Zwang jenes Gesetzes erkannt, wonach Reparationen unter Umständen mehr von gutem Willen der Gläubiger, als von dem des Schuldners abhängig sind. Nur scheinen sie noch nicht begriffen zu haben, daß das nicht bedingt ist durch das zufällige System, ob Dawes oder Young, sondern durch die jeweilige Höhe der Schuldsomme. Es ist deshalb vorläufig nichts lächerlicher als der Streit der Industriellen darüber, ob Dawes- oder Young-Plan. Und ihre Behauptung, daß wir uns für den ersteren zur Zeit entscheiden müßten, um den letzteren zu verhindern, trotz der besonderen materiellen, moralischen und politischen Chancen, die mit dem Young-Plan verbunden sind und die eine neue ungeheuer weit vorgeschobene Plattform schaffen, von der aus die „endgültige“ Regelung anzustreben ist, zeugt von einer geradezu erschreckenden Halbheit und Unfähigkeit, mit der diese Kreise diesem ganzen Problem gegenüberstehen. Entsprechend ist auch ihre Politik. Auch hier eine ganz gefährliche Halbheit in jeder Beziehung!

Wenn man nämlich einmal begriffen hat, daß Reparationsleistungen abhängig sind von der Aufnahmewilligkeit unserer Gläubigerländer, oder besser: des gesamten Auslandes für deutsche Waren, dann ist es nicht unsere Aufgabe, zu versuchen, diese Aufnahmewilligkeit des Auslandes über das normale Maß hinaus künstlich zu züchten.

Die Unternehmer aber vom Schlage der Rhein-Ruhr-Industriellen, trotzdem sie die Erfüllung des Reparationsplanes überhaupt und von vornherein für unmöglich halten, verlangen diese Politik der künstlichen Züchtung des Aufnahmewillens für deutsche Waren im Ausland, und zwar auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft. Und sie finden leider auch Leute, wie die letzte Tagung des Langnamvereins lehrt, die ihnen die Richtigkeit dieser Auffassung wissenschaftlich bestätigen. Das Kernstück der ganzen Debatte auf dieser Tagung war nämlich die Theorie, daß wir in Deutschland in Zukunft die Steuern für die Industrie senken, die Löhne abbauen und die Soziallasten verringern müßten, damit die Preise für den Warenverkauf ins Ausland gesenkt werden können, um so im Kampf mit der ausländischen Konkurrenz auf deren eigenen Märkten den vermehrten Absatz zu erreichen, der die Transferierung, also die Zahlung unserer Reparations-schuld allein ermöglicht wird.

Wenn man die Verkünder dieser Theorie im Unternehmerlager schon nicht für ausgemachte Dummköpfe bezeichnen will, dann muß man aber zumindest zu der Ueberzeugung kommen, daß sie dieser ganzen Fragentrommel zum Objekt einer ganz gefährlichen Demagogie machen im Interesse ihrer persönlichen und engen Unternehmerwünsche. In Wahrheit bedeutet ihre Forderung nichts weiter als eine Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt auf Kosten des Lebensstandards und der sozialen Lage des deutschen Arbeiters, mit dem Ziele, die Profite steigern zu können, wofür man neuerdings das volkswirtschaftlich satisfaktionsfähigere Wort „Kapitalbildung“ erfunden hat. Daß das im Grunde genommen das bewegende Prinzip ist in der für harmlos so imponierend sachlich-sachlichen Unternehmerdebatte über das Reparationsproblem, beweist ja schon die Tatsache, daß sie selbst, wie eingangs erwähnt, die Erfüllung — so oder so — für unmöglich und jeden Versuch in dieser Richtung für Kraftvergeudung halten. Es bleibt also in der Tat keine andere Erklärung übrig, als daß sie sich in gefährlicher Halbheit verlieren oder in großer Demagogie machen.

Billigen wir ihnen nun einmal guten Willen zu und nehmen an, daß es nur gefährliche Halbheit ist, die sie zu ihrer zwieschächtigen Politik — auf der einen Seite Ablehnung wegen Unerfüllbarkeit, auf der anderen aber Erfüllungspraxis auf Kosten der Arbeiterschaft — treibt. Nehmen wir weiter an, daß die Behauptung der Unerfüllbarkeit und die damit begründete Ablehnung des Young-Planes nur taktisches Manöver ist und das Bekenntnis zur Erfüllungspraxis auf Kosten der Arbeiterschaft als einzige Möglichkeit gutem Glauben entspringt. Aber auch dann noch ist es leicht nachzuweisen, daß dieses „nur auf Kosten der breiten Massen“ auf einer völligen Verkennung der Wirklichkeit beruht. Es ist doch heute schon so, daß wir als Deutsche unter der Tatsache leiden, daß das Ausland sich gegen die Einfuhr fremder Waren, also auch deutscher, immer mehr abzuriegeln sucht durch Zollmaßnahmen usw. Wenn wir diese Hemmnisse jetzt schon spüren, trotzdem unsere Wirtschaft noch mit den Mängeln einer „fast jahrelängigen Wirtschaftsführung“ im Innern zu ringen hat (nach Geheimrat Raftl auf vorgenannter Tagung), dann wird sich doch ein vernünftiger Mensch nicht einbilden, daß sich das Ausland eine durch „soziales Dumping“ möglich gemachte verstärkte Absatzmöglichkeit für unsere Waren auf seinen Märkten gefallen lassen wird. Nichts anderes als „soziales Dumping“ aber wäre es, wollten wir in Deutschland die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt auf Kosten der breiten Massen, also der Arbeiter, versuchen. Bergegenwärtigt man sich, warum letzten Endes das geschehen soll, dann ist der Gedanke so dumm, ja geradezu verbrecherisch, daß man sich wundern muß, wie ein Mensch, der ernst genommen sein will, derartiges fordern kann.

Jedenfalls wird die deutsche Arbeiterschaft sich nicht zu einem derartigen Experiment hergeben, weil daselbe, wie aufgezeigt, schon an der Logik der wirtschaftlichen Notwendigkeiten scheitern müßte. Die letzteren sind es auch, die schließlich die Reparationszahlung endgültig regeln und bestimmen werden. Die sozialen Bedingungen sind hierauf ohne Einfluß, solange sich dieselben im Rahmen des internationalen sozialen Standards bewegen. Niemand kann verlangen, daß die deutsche Arbeiterschaft diesbezüglich auf das Recht des sozialen Ungleichs mit ihren ausländischen Genossen verzichtet. Nur im Rahmen dieses Ungleichs kann der Reparationsvollzug seine Organisation finden. Verzichtet das Ausland auf den Reparationsvollzug in diesem Rahmen, in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsgesellschaft, d. h. verzichtet man auf die Abnahme deutscher Waren auf Grund der Bedingungen der natürlichen Konkurrenz, dann ist es Sache der Regierungen, sich anzupassen. Damit basta! Künstlich können wir eben die Abnahme-freudigkeit für deutsche Waren nicht wecken.

Fords neuester Plan.

Amerikanische Ebene für Europa

In der Monroe-Doktrin erklären die Vereinigten Staaten, sie nicht in die Angelegenheiten fremder Länder eingreifen zu wollen. Diesen Grundsatz hat auch, wenn auch in Europa, in Frage kommt, nahezu ein Jahrhundert nachgelassen worden. Ein Wandel, und zwar ein sehr radikaler, trat jedoch im Jahre 1917 ein. Von da ab wurde eine der Monroe-Doktrin, nämlich entgegengegesetzte Politik getrieben. In dem darauffolgenden Jahrzehnt haben die Amerikaner nicht weniger als dreimal außerordentlich in die Angelegenheiten der Alten Welt eingegriffen. Das erstmal, 1917, erschienen sie als Soldaten, um in Europa zu helfen, das östliche Europa irgendwie zu befreien. Das zweitemal, 1924, kamen sie als Schlichter, um den europäischen Staaten eine Grundlage zu schaffen, auf der sie begannen konnten, wieder wie Nachbarn zusammenzuleben. Das drittemal, 1929, sind sie als Geldgeber in Paris erschienen, um den Euroändern zu helfen, den unheilvolleren Reparationsstreit zu regeln. Und jetzt nun erscheint Henry Ford, der amerikanische Automobilkönig, mit einem Plan, der dazu gemacht ist, die europäische Wirtschaft von ihrem Dalles zu erlösen.

Henry Ford, der „industrielle Gegenmeister“, beabsichtigt nichts geringeres, als in allen seinen außeramerikanischen Werken die besten Methoden einzuführen, die er dabei in Amerika gelehrt hat. Er hat in 21 Ländern Zweigfabriken. Deren Leute sollen möglichst so hoch entlohnt werden, daß sie imstande sind, sich die nämliche Menge Lebensgüter, den gleichen Lebensstandard leisten zu können, wie die Fordarbeiter in Detroit. Anders ausgedrückt: alle Fordarbeiter sollen, ganz gleich, in welchem Lande sie schaffen, denselben Reallohn erhalten. Um den hierfür nötigen Geldlohn richtig berechnen zu können, hat sich Ford an das Internationale Arbeitsamt gewandt mit der Bitte, ihm Angaben über Lebensmittelpreise, Steuern, Sozialbeiträge usw. von all den Ländern zu liefern, wo Fordwerke bestehen oder nächstens errichtet werden sollen. Das Arbeitsamt wird der Bitte nachkommen. Damit aber die Erhebungen nicht etwa der Geldausgaben willen verzögert werden, hat der amerikanische Volkswirt Edward F. Lane dem Arbeitsamt 25 000 Dollar telegraphisch überwiesen. In dem Telegramm sagt Lane:

„Ford hat mehr als eine andere Person zu dem Wandel beigetragen, der sich in der Tiefe der kapitalistischen Welt vollzieht, ein Wandel, der darin besteht, daß die Wohlfahrt der Massen als wesentlich für den guten Geschäftsgang betrachtet wird... Sein Beispiel hat die Wirtschaftsgeschichte Amerikas geändert. Wenn er helfen kann, ähnliche Änderungen in Europa herbeizuführen, so würde das auch dort bedeuten: die höchsten Löhne bei niedrigsten Preisen, die höchsten Geschäftsgewinne und einen höheren Lebensstandard, und in der Folge eine größere Wirtschaftswärme und einen gewaltigen Antriebs zum Weltfrieden.“

Es ist unerschwerlich, zu verfolgen, wie sich die europäische Unternehmensebene zu dem Plane des größten Industriellen verhält. Ihr waren und sind die Amerikaner willkommen als politische Helfer, finanzielle Mäcker, Geldgeber, Lieferanten von neuen Arbeitsweisen und erprobteren Ausbeutungsmethoden — aber als Einführer einer neuen Lohnpolitik sind sie ihr einfach unangenehm. Dieser Stimmung entspricht die Haltung der Unternehmensebene: Ein Teil übergeht den Ford'schen Plan mit offiziem Schmeichelei, ein anderer jedoch darüber, der Welt heimlich, daß der Welt mitzumachen, daß, wenn die Arbeiter in Europa die Reallohn der Fordarbeiter in Amerika bekämen, sie sich schlechter stellen. Womit behauptet ist, daß, wenn die europäischen Arbeiter eine Lohnhöhung bekommen, sie eine Lohnkürzung haben.

Man braucht sich über die schmerzliche Haltung der europäischen Unternehmensebene nicht wundern, denn sie macht nur das noch, was ihr die amerikanische vor halb drei Jahrzehnten vorgezeichnet hat. Als Ford im Jahre 1914 zu wissen tat, daß er fortan jeden seiner Arbeiter anstatt der 2,40 Dollar einen täglichen Mindestlohn von 5 Dollar gewähren und die Arbeitszeit auf acht Stunden täglich herabsetzen werde — da fing die Unternehmensebene mit häßlichen Bemerkungen und bitteren Vorwürfen an: der Mann, der mehr erzeugen wolle und dabei die Arbeitszeit herabsetze, der ein besseres Geschäft machen wolle und dabei die Löhne verdoppelt, der sei nicht ernst zu nehmen. Wie ernst die Sache genommen zu werden verdiente, weiß heute alle

Welt. Ford weiß in seinen beiden Büchern immer und immer wieder, daß der gewaltige Aufstieg seines Geschäftes erst mit der Unterstützung der Arbeiter begonnen habe. Mit einem weiteren Aufstiege selbsthaftig zu werden, ist Ford später zum Mindestlohn von 8 Dollar täglich und zur fünfstündigen Arbeitswoche übergegangen. Durch seinen beispielhaften Erfolg ist die alte gewerkschaftliche Idee unübersehbar bewiesen worden, daß das Maß der Wirtschaftskraft von der Größe der Lohnsätze abhängt.

Durch sein beherztes Vorgehen zwang Ford seine Wettbewerber und damit auch eine nach steigende Zahl von Unternehmern, ihm mit der Lohnhöhung zu folgen. Dadurch wurde die Kaufkraft der Masse erhöht, der Absatz der Waren (Brot, Industrie und Landwirtschaft) machte gute Geschäfte, kurz, eine artbarende Wirtschaftswärme war die Folge. Einen ähnlich glänzenden Wandel erhofft Ford von seinem Plan auch in Europa. Er meint, die Steigerung der Reallohn seiner außeramerikanischen Arbeiter auf den inneramerikanischen Standard werde die Unternehmer in den 21 Ländern zu gleichem Tun veranlassen und so die Kaufkraft vermehren und einen flotten Geschäftsgang herbeiführen. Und was Ford meint und hofft, das meinen und hoffen mit ihm viele amerikanische Großunternehmer. Dabei die Eiferlichkeit Filanes, eine beträchtliche Summe für die Vorarbeit des Ford'schen Planes zu spenden. Ob die Verwirklichung des Planes aber in Europa ebenso leicht sein wird wie in Amerika, muß natürlich abgewartet werden. Doch braucht einen das heute noch nicht zu kümmern.

Der Plan verdient jedenfalls die volle Aufmerksamkeit der europäischen Gewerkschafter. Wie immer er ausgehen möge, sie werden sicherlich nicht die Verleher sein. Man lasse sich nicht, wie es die letzten Tage das französische Unternehmerblatt „Journal Industrielle“ versucht, mit der Behauptung irreführen, die

Uebersetzung des amerikanischen Reallohn auf Europa bedeute für dessen Arbeiter keinen Vorteil, weil in Amerika die Lebensmittelpreise und dergleichen teurer seien. Nichts falscher als das. Das die große Masse an Lebensmitteln braucht, ist in den Vereinigten Staaten nicht teurer, eher billiger als in Europa, wie die dortigen Arbeiter schon im Bild in die Höhe der Reallohnsteigerung der amerikanischen „Labor Review“ überzeugen kann. Die Verwirklichung des Ford'schen Planes wird sicherlich erste bedeutende Erhöhung des Einkommens des europäischen Arbeiters bewirken.

Es braucht hier wohl nicht betont zu werden, daß der Plan Fords nicht der Liebe zur europäischen Arbeiterschaft entspringt. Dergleichen anzugeben, wird der Automobilkönig der allerbeste sein. Er ist Großkapitalist und will ein noch größerer werden. Er mag garbige Gewinne und er will noch goldigere machen. Um das zu können, muß er seine mit so glänzendem Erfolge betriebene Lohnpolitik auf möglichst viele Länder ausdehnen, damit auch dort das Masseneinkommen steigt und die Käufer bedeutend zunehmen. Dasselbe wollen viele seiner heimischen Standesgenossen, die für ihre eigenen Warenberge einen viel aufnahmefähigeren Markt, nein, die ganze Welt dafür brauchen. In diesem Bestreben müssen sie den Industriellen anderer Länder einbläuen, daß es sehr kurzfristig von ihnen war, von Amerika nur besten Arbeitsweisen und Ausbeutungsmethoden zu beziehen, nicht aber auch seine hohen Löhne. Dabei wird manchem Lohnpolitiker kurzschlüssigen Unwissen der geschäftliche Atem ausgehen. Mein, das wird sowieso nicht zu vermeiden sein.

Der durch den Weltkrieg völlig zerrüttete europäische Markt, tatsächlich wurde von Amerika durch Stoff- und Geldzufuhr gerettet. Der Reiter verlangt für seine ungenügenden Dienste ein ungenügendes Entgelt und, vor allem, Sicherheit für die geliebten Milliarden. Für beides hält er die europäische Käuferkraft nicht für fähig. Darum legt er selbst Hand ans Werk. Ford beginnt mit der Lohnhöhung, fährt fort mit der Produktionsverbilligung und der Verbreitung des amerikanischen Marktes. Das weitere wird die Reparationsbank besorgen. Amerika kam nicht umsonst dreimal nach Europa.

Fritz Kummer.

Die „Macht“ der Unorganisierten.

Es gibt noch wundergläubige Menschen. Allen Ernstes hört man heute Bergarbeiter von der Macht und Stärke der Unorganisierten reden, von einer kommenden „Organisation der Unorganisierten.“ Dieses Wort ist früher einmal als ein Spott- und Hohnwort von unjener Verbandsfunktionären geprägt worden, denn man kann sogar so etwas wie eine Solidarität der Unorganisierten beobachten. Solidarität! Dieses Wort ist der Inbegriff allen Zusammengehörigkeitsgefühl und der proletarischen Zusammenführbarkeit und Einheit — ist der Ausdruck gleichen Schicksals, gleichen Abwehr- und Kampfwillens und aller Opferbereitschaft. Die Unorganisierten sind sich selbstbewußt nur in der Entschuldigtheit ihres unvollständigen Verhaltens gegenüber den organisierten Klassengenossen. Ihre Argumentation gegen die gewerkschaftliche Organisation ist und bleibt sich ewig gleich. Aber, nachdem kommunistische „Klassenkämpfer“ einmal vom Kampfwillen der Unorganisierten, von der Bildung von Kampfausschüssen geredet haben, selbst auf einigen Schachbänken sogenannte oppositionelle Stiken gewälzt worden sind, spukt in den Köpfen mancher Kameraden die Idee von der Macht der Unorganisierten.

Wie ist es nun um diese Macht bestellt? Von den 365 000 Ruhrbergarbeitern sind ungefähr 250 000 nicht organisiert. Das ist eine ganz respektable Zahl, eine Armee von Bergarbeitern. Würde man sie zusammenbringen und zu vierreihigen Formieren, so würde ein Zug von ungefähr 50 bis 60 Kilometer Länge entstehen. Und diese Armee, in Bewegung gesetzt auf das Ziel einer Bessergestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, würde eine Macht darstellen, mit der das Unternehmertum rechnen müßte.

Wird es eine Macht darstellen? Das ist es ja eben. Die Unorganisierten sind keine Armee, keine kompakte Masse, sie haben keine einheitliche Ideenrichtung, haben keinen Einheitswillen und kein einheitliches Marschziel. Ihnen fehlt die Geschlossenheit und Zusammenführbarkeit, fehlt die Möglichkeit solidarischen Vorgehens, fehlt eben die Organisation. Die Macht der Unorganisierten ist Illusion, ist ein Nichts, eine Ohnmacht. Wo ist

ihre Sprachorgan, wo sind die tätigen Organe, wo sind die Werkzeuge und Machtmittel dieser „Macht“?

Freilich, jeder einzelne ist Träger einer Macht. Nur ist die Macht des Proletariats nichts als Ohnmacht gegenüber der Geschlossenheit und der Kraftausbeziehung der bestehenden Unternehmer- und Kapitalistenklasse. Die Stärke des einzelnen Arbeiters ist ein Ausgeliefertsein, ein bedingungsloses Unterordnen unter die Herrschaftsgewalt des Unternehmers. Und ist die „Armee“ der Unorganisierten etwa mehr als eine bloße Vielheit dieser unermögenden einzelnen, eine zusammenhanglose Menge ohnmächtiger Arbeiter? Das ist ja gerade die besondere Eigenschaft der kapitalistischen Wirtschaftsgesellschaft: der Arbeiter in seiner Berechtigung gilt nichts, er ist ein leicht ersetzbares und austauschbares Rädchen in der Arbeitsmaschine.

Die „Macht“ der Unorganisierten ist erkannt worden, ja wohl! Aber nicht erst seit heute, sondern schon vor achtzig Jahren, als Karl Marx sein: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ in die Welt, in das kapitalistische Dunkel hineinschmetterte. Sie ist erkannt worden, als im Jahre 1889 der Bergarbeiterstreik ausbrach und der Bergarbeiterverband gegründet wurde. Denn erst die Gesamtheit der Bergarbeiter ist unerschlich, erst sie wird zu einem Machtfaktor, mit dem gerechnet werden muß — die Gesamtheit, die in Erscheinung treten kann nur in der einzig möglichen Form festgeschlossener Organisation. Erst im verbandsmäßigen Zusammenschluß wird die Vielheit der einzelnen eine Einheit, eine Macht, die tätig werden kann und allionsfähig ist. Nur in der Organisation kann der Befreiungskampf der Arbeiterschaft geführt werden. Dieser Kampf ist einfach undenkbar als ein organisationsloses Bemühen, welches nur Niederlagen, Mißerfolge und Not über die Bergarbeiterschaft bringen würde.

Gibt es aber nicht eine organisationslose Form des Wirtschaftskampfes? Die Unorganisierten können doch sogar schon eigene Stiken zu den Betriebsräte wählen! Dafür gibt es nur ein Nein! Es kann außerhalb der Organisation nur Gruppenbildungen geben und in dieser Form der Kampfgruppen

Richtlinien für die Wirtschaftspolitik des IGB.

Die Bestrebungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) auf wirtschaftlichem Gebiet gehen vor allem zwei großen Problemen: dem Wiederaufbau der nach dem Krieg desorganisierten Wirtschaft und den neuen Tendenzen im heutigen Kapitalismus.

Das die Wirtschaft des IGB auf dem Gebiete des Wiederaufbaues betrifft, so weisen wir, ohne eine erschöpfende Darstellung geben zu wollen, darauf hin, daß schon die erste, nach vor der Wiederaufbau des IGB im Jahre 1919 in Bern abgehaltene, wichtige internationale Gewerkschaftskonferenz forderte, der zu gründende Völkerverbund habe sich auch mit der Frage der wirtschaftlichen Beziehungen der Völker zu befassen.

Auf der von der Internationalen Arbeitsorganisation im Jahre 1919 in Washington abgehaltenen ersten internationalen Arbeiterkonferenz waren es die Vertreter der internationalen Gewerkschaftsbewegung, die sich für eine gerechte Lösung der wirtschaftlichen Probleme und Beziehungen einsetzten. Im März 1920 wurde hier der IGB mit einer Denkschrift an den Völkerverbund, in der im Hinblick auf die durch den Krieg angerichteten Verwüstungen auf die Notwendigkeit besonderer Maßnahmen hingewiesen wurde, um speziell Mitteleuropa vor Hunger und Elend zu bewahren.

In gleichen Jahre trat der außerordentliche Gewerkschaftskongress in London zusammen, auf dem die Frage der Verteilung der Rohstoffe, die Probleme der Ernährung, der Bekleidung und der Gesundheitsfürsorge eingehend behandelt wurden. Der Londoner Kongress stellte zum ersten Male ein internationales Wirtschaftsprogramm auf, in dem natürlich alle speziell internationalen Probleme und Schwierigkeiten jener Zeit berücksichtigt wurden.

Zur Jahre 1922 fand im Zusammenhang mit der Internationalen Arbeiterkonferenz in Genes in der gleichen Stadt eine spezielle Konferenz des IGB statt, die der Wirtschaftspolitik in einer Denkschrift das von ihr entwerfende Wiederaufbauprogramm unterbreitete. Auf dem anschließenden Kongress des IGB in Rom wurden alle diese Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiete wiederholt und bestätigt.

Nach der Zurücksetzung war es wiederum der IGB, der amernüchlich auf die negative Politik der Entlohnung sowie auf die Notwendigkeit einer bestimmten Regelung der Arbeitsbedingungen hinwies. Der im Jahre 1924 abgehaltene allgemeine IGB-Kongress in Moskau für normale Verhältnisse. Die politische Spannung nahm allmählich ab. Dieser Kongress wurde

durch die Wiederherstellung der Volka in Deutschland und anderen Ländern erleichtert.

Der gewaltige Konzentrationsprozeß des Kapitals in den letzten Jahren und der wachsende Wettbewerb um neue Märkte sowie um die Kontrolle der Rohstoffe verlangen demnach die Wachsamkeit der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung. Um die Konkurrenzfähigkeit zu behalten, ist jedes Land und jedes Unternehmen bestrebt, mit geringeren Selbstkosten größere Warenmengen zu erzeugen.

Die organisierte Arbeiterklasse wendet sich nicht gegen diesen natürlichen Entwicklungsprozeß. Aber die Gewerkschaften müssen nach einheitlichen Gesichtspunkten und mit Entschiedenheit das unvermeidbare Streben des Unternehmertums bekämpfen, die Vorteile, die für die Menschheit aus demartigsten Produktionsmethoden entstehen können, nur allein für sich in Anspruch zu nehmen. Die Verurteilung des Unternehmertums, den Lohnanteil so niedrig wie möglich zu halten und den Lebensstandard der Arbeiterklasse herabzusetzen, muß abgewehrt und in Uebereinstimmung mit der Entwicklung der Produktivkräfte ein höheres Lebensniveau errungen werden.

In der Aufrechterhaltung und Erhöhung der Vollmachten sieht die internationale Gewerkschaftsbewegung eine Behinderung des normalen internationalen Güterausstausches. Die Förderung des internationalen Güterausstausches durch Befreiung der Waren von protektionistischen Maßnahmen ist aber eine Voraussetzung für das Wohlfühlen und die Weiterentwicklung aller Volkswirtschaften.

Der IGB hat seinen wirtschaftspolitischen Standpunkt gegenüber den neuen Tendenzen des Kapitalismus durch seine Vertreter auf der Großen Weltwirtschaftskonferenz des Völkerverbundes im Jahre 1927 klar dargestellt und hat darauf auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress in Paris festgelegt. Da jedoch in fast allen Ländern trotz der verschiedenen Art und Intensität ähnliche wirtschaftliche Probleme auftauchen, besteht die Notwendigkeit, in einem internationalen Wirtschaftsprogramm allgemeine Richtlinien aufzustellen, in denen die Stellungnahme des IGB zu den wirtschaftlichen Aufgaben der internationalen Gewerkschaftsbewegung klar und klar zum Ausdruck kommt.

Das Programm erfüllt in einem internationalen und in einem nationalen Teil. Es handelt sich hierbei aber nicht um Gegenstände in den Aufgaben, sondern die nationalen und internationalen Aufgaben sollen sich gegenseitig ergänzen. Beide Aufgaben, die auf internationaler wie auf nationaler Wirtschaftsbasis, müssen erfüllt werden. Der Kampf für ihre Verwirklichung muß zu einem harmonischen Gange zusammenzuführen.

1. Forderungen auf internationalem Gebiet.

Internationales Wirtschaftskomitee. Der IGB fordert, daß die wirtschaftlichen Einrichtungen beim Völkerverbund zu einem internationalen Wirtschaftskomitee unter entscheidender Mitwirkung der organisierten Arbeiterschaft angegliedert werden. Die Zusammenarbeit dieses Komitees mit dem Internationalen Arbeitsamt ist durch gegenseitige Vertretung zu sichern. Das Internationale Wirtschaftskomitee muß seine Tätigkeit in Verbindung mit den in den verschiedenen Ländern bereits bestehenden oder noch zu gründenden nationalen Wirtschaftsräten oder wesensgleichen nationalen Organisationen gestalten.

Internationale Kräfte, Kartelle und Vereinbarungen. Der IGB fordert, daß im Interesse der Arbeiter und Konsumenten wirkungsvolle Kontrollmaßnahmen betr. die Wirksamkeit internationaler Kräfte, Kartelle und ähnlicher Vereinbarungen getroffen werden. Der erste Schritt in dieser Richtung soll die vollständige Publizität der finanziellen und anderen Einzelheiten solcher Organisationen sein, auch Gewinne und Brävie. Es soll die Aufgabe der wirtschaftlichen Organisation des Völkerverbundes sein, diese Forderungen durchzuführen und zu sichern.

Förderung des internationalen Güterausstausches. Der IGB unterstützt aufs energischste die auf Initiative der Weltwirtschaftskonferenz des Jahres 1927 eingeleiteten Bestrebungen. Er wiederholt seine Forderung auf Abschaffung der Zollbarrieren, die die Befreiung der Weltwirtschaft behindern. Insbesondere fordert er die Befreiung der Vollmachten Europas. Er verlangt die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote durch internationale Konventionen und Einbettlichkeit in den allgemeinen Weltmengen der Handelsverträge. Zu diesem Zweck sollen alle vorübergehenden Schritte zur Grundlage der Entschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz unternommen werden. Diese Prinzipien sind auch auf die Kolonialgebiete anzuwenden.

Weltwirtschaftliche Schiedsgerichtsbarkeit. In der Erkenntnis, daß wirtschaftliche Konflikte eine dauernde Friedensgefahr sind, fordert der IGB, daß alle Wirtschaftskonflikte, die nicht in unmittelbaren Verhandlungen zwischen den betreffenden Staaten beigelegt werden, einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten sind.

Angleichung der Arbeitsbedingungen. Da niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen oft zu unheimlichem Wettbewerb und andererseits zur Abwanderung von Märkten führen, fordert der IGB die Aufstellung internationaler Mindestbedingungen für die Arbeitsverhältnisse durch Entwidlung der internationalen Arbeitsschutzkonventionen, durch internationale Vereinbarungen über Arbeitszeit, Arbeitslosenversicherung usw., nicht nur aus sozialpolitischen Gründen, sondern auch als wirtschaftspolitisch dringliche

Haus und Leben

Genießt die Natur!

Wir haben die Natur neu entdeckt. So meinen wir, weil eine neue Freude am Natürlichen in uns vorhanden ist, weil die Jugend wandert und wir alle ein neues und festeres Verlangen haben nach Licht.

Und doch stehen wir noch im Schatten eines neuen Naturerwachens, und so oft ist dieser mächtige Drang nach Freiheit draußen nur eine Opposition gegen die Welt, in der dem Menschen durch das Wohnen und überlange Arbeit auch das bestmögliche Recht auf Sonne und Grün und Bewegung vorenthalten wird.

Über wir wollen. Aus einem elementaren Urdrange heraus wollen wir neu erleben und neu leben und neue Freude und ein neues Verhältnis zum Natürlichen. Wir sind bereit, zu nehmen, was sich an Schönerem bietet. Und aus diesem reinen Willen heraus sind wir auch fähig, rein zu empfangen.

Verstehen können wir der Natur gegenüberstehen. Wir können das Bunt von Blume und Strauch betrachten mit den Augen des Künstlers. Wir können Wiese und Wald mit den Sinnen des naturwissenschaftlich geschulten Menschen ansehen. Wir können auch als sagbare Menschen zur Natur stehen, Wald und Feld betrachten im Verhältnis zum Menschen, seiner Arbeit, seinem Wohnen, seinem Recht. Dazu aber kommt noch eines, und das wollen wir lernen: wir müssen lernen, die Natur zu erleben mit dem Herzen des Dichters.

Aus dem Geiste der kapitalistischen Zeit wollen wir immer bewußt schauen, mit Zweck, aus einer gewissen berechnenden Absicht. Wir sind zur Natur, aus dem Wesen der herrschenden Ordnung heraus, einseitig und intellektuell eingestellt, und so vernünftigen wir die tiefste und innigste Verbindung zwischen dem Menschen und dem Natursein.

Im Kleinen lobt noch dieser unberührte, ursprüngliche Naturkern. Geht einmal mit einem Kinde durch einen Wald, und ihr hört etwas von diesem heiligen Fühlen, das der Mensch zur Natur haben kann und haben muß. Es spricht und fragt dich, das Kind, und kann wieder geht es still, ja feierlich. Dann blüht es einmal kühnend hinaus in das helle Blau, in das sich die Baumköpfe kühnend zeigen. Dann steht es mit einer gewissen andächtigen Sehnsucht in das Dunkel des Nadelwaldes. Und dann blüht es sich, einen Hügel zu schauen, der da über den Waldboden kriecht, und es schaut und schaut und wird nicht müde, zu schauen. Das ist das geniale Dichtergefühl vor dem Lebendigen, wie es Goethe einmal im Hinblick des Götters am Strande Jouis zum Ausdruck brachte mit den Worten: „Was ist doch das Lebendige für ein köstlich herrliches Ding!“

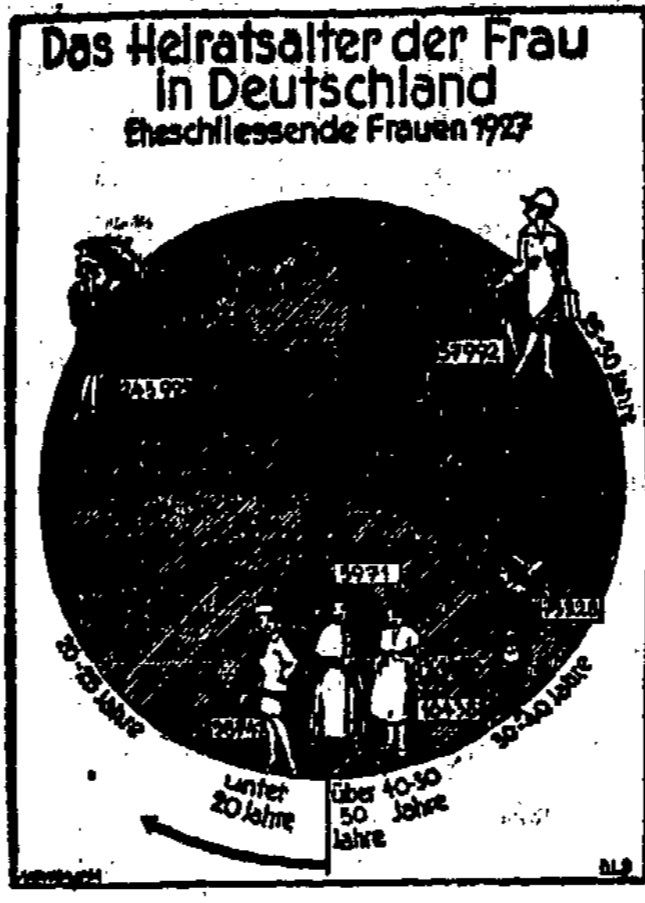
Im Kleinen lobt noch dieser unberührte, ursprüngliche Naturkern. Geht einmal mit einem Kinde durch einen Wald, und ihr hört etwas von diesem heiligen Fühlen, das der Mensch zur Natur haben kann und haben muß. Es spricht und fragt dich, das Kind, und kann wieder geht es still, ja feierlich. Dann blüht es einmal kühnend hinaus in das helle Blau, in das sich die Baumköpfe kühnend zeigen. Dann steht es mit einer gewissen andächtigen Sehnsucht in das Dunkel des Nadelwaldes. Und dann blüht es sich, einen Hügel zu schauen, der da über den Waldboden kriecht, und es schaut und schaut und wird nicht müde, zu schauen. Das ist das geniale Dichtergefühl vor dem Lebendigen, wie es Goethe einmal im Hinblick des Götters am Strande Jouis zum Ausdruck brachte mit den Worten: „Was ist doch das Lebendige für ein köstlich herrliches Ding!“

„Ob Anschauungen poetisch sind, d. h. ob sie wahr sind, das heißt wieder, ob sie aus einem reinen oder einem raffinierten Akt der Phantasie hervorgegangen sind,“ so schrieb einmal Hebel, „erfährt man am besten von den Kindern. Alles, was von Kindern kommt oder doch kommen kann, ist allgemein menschlich und darum auch, wenn es im poetischen Kreise liegt, poetisch.“

In der Poesie des Waldes erleben wir am feierlichsten und tiefsten, was es bedeutet, ein Lebendiges zu sein, Leben zu tragen und Leben weiter zu geben dem Kommenden.

Leben ist heilig. Leben ist göttlich. Und wehe der Ordnung, die dieses Heilige und Hehre des Lebens mißachtet und das Leben in den Dienst des Sachlichen, des Geschäftlichen spannt! Wir wollen sie niederknien, diese Ordnung, daß das Leben in einer neuen Formung des Zusammenlebens einmal stehhaft und frei sei!

Dr. Gustav Hoffmann.



Das Heiratsalter der Frauen in Deutschland. Die meisten Mädchen verheiraten sich zwischen ihrem 20. und 25. Lebensjahr. Die Zahl der Heiraten in diesem Lebensalter ist fast so hoch wie die aller Heiraten über 25 Jahre zusammen.

Das große Verbrechen der Welt.

„Ich bin nicht, was ich gewiß hätte werden können. Das Schicksal tritt zu früh wider mich.“ Es war der junge Schiller, der mit diesen Worten sein Leid klagte. So widersinnig erschien ihm das Leben. So hart hatte es ihn gepackt. Er strebte aus sich heraus, nach seinem Wesen und Können, anders als es das äußere Leben mit ihm wollte. Die Verhältnisse zwangen ihn von fernher getrieben, ungeschulten geistigen Entwicklung ab, und so erlebte er den ganzen Höllepack, der da war zwischen Sinn und Sein, zwischen Willen und Können, zwischen Mensch und Wirklichkeit.

Und was war er schon damals, trotz alledem! — Was wäre er an Größeren schon damals gewesen, hätte ihn das Leben nicht so ungeschult gepackt!

„Ich bin nicht, was ich gewiß hätte werden können!“ Welch schmerzliche Klage! Welch bitterer Vorwurf an das Leben! Und wie preßt dieser Schmerz in uns das Herz zum Mitgefühl!

Und so ist die Welt für uns alle. Bist du denn, Mitmenschen, was du gewiß hättest werden können? Ueber dem Leben waltet dieses brutale „Schicksal“, das den Menschen abführt von dem, was er werden kann.

Dein Menschenbruder ist mehr, als er scheint. Deine Menschenschwester trägt größere Menschlichkeit in sich, als du vermutest. In den Fehlern und Schwächen, in den sittlichen Mängeln, ja in der sittlichen Verantwortlichkeit, da spiegelt die Welt sich.

29. Woche vom 14. Juli bis 20. Juli 1929

Die Kameraden wollen im Interesse des Verbandes um pünktliche Zahlung der fälligen Beiträge besorgt sein

Lebendige Geschichte.

Die ökonomische Geschichtsauffassung stellt die Erforschung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den Vordergrund, während der Mensch, dessen Handeln sich ja erst aus den im gesellschaftlichen Leben gewonnenen Erkenntnissen ableitet, in zweiter Linie für Interesse erweist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß, falls man nicht an das Vorhandensein einer unüberwindlichen stillosen Weltordnung glaubt, nur die ökonomische Geschichtsauffassung zu richtigen Schlussfolgerungen führen kann. Andererseits muß erkannt werden, daß wir es in der Geschichte mit lebendigen Menschen zu tun haben, mit Menschen, die, von leidenschaftlichen Impulsen bewegt, der gesellschaftlichen Entwicklung dienlich oder hinderlich sein können. Die Erkenntnis aber, welche Rolle der Mensch beim Ablauf der geschichtlichen Entwicklung einnimmt, die Erkenntnis, ob er keine Aufgabe richtig oder falsch angeht, kann auch nur mittels der ökonomischen Betrachtungsweise gewonnen werden. Deswegen bleibt für das Handeln der Menschen im gesellschaftlichen Leben jenseits Spielraum, daß auch vom geschichtswissenschaftlichen Standpunkt aus gesehen eine Betrachtung dieses Menschen schlechthin gerechtfertigt, ja notwendig erscheint. Von diesem Gedanken geleitet beurteilen wir den Wert einer ganzen Reihe bedeutender Werke der neueren Geschichtsforschung, die in der Öffentlichkeit bereits großes Aufsehen erregten und meist weite Verbreitung fanden.

Im Jahre der demokratischen Erziehung unseres Volkes können wir es nur begrüßen, wenn neue Wege zur Darstellung historischer Ereignisse, historischer Persönlichkeiten beschritten werden, neue Wege, die breiten Kreisen des Volkes die Kenntnis der historischen Zusammenhänge erschließen. Die Schilderung der Schicksale hervorragender Hauptpersonen der Geschichte wird gewiss das Interesse der Masse gegenüber der trockenen wissenschaftlichen Darstellung vorzuziehen haben. Die Gefahr eines solchen Geschichtsunterrichts liegt zwar auf der Hand, wenn sich der Autor nicht der rücksichtslosen Wahrheit befleißigt. Die Gefahr einer Überhöhung des menschlichen Leistungsvermögens im Geschichtsverlauf nicht ebenfalls sehr nahe. Deshalb müßte vermögensweise die Lesart solcher Bücher Hand in Hand gehen mit der Lektüre geschichtlicher Werke, in denen die ökonomische Betrachtungsweise angewandt ist.

Lebendige Geschichte findet der Leser vor allem in den politischen Biographien Emil Ludwigs, die nicht nur in Deutschland gelesen werden. Ludwigs Werke sind fast in alle Sprachen des Kontinents überetzt und zählen mit zu den in europäischen Maßstäben und auch in Amerika meistgelesenen deutschen Büchern. Da ist vor allen anderen Ludwigs Buch über Wilhelm II. zu nennen. Das Bild, das Ludwigs vom letzten deutschen Kaiser

entwirft, gibt uns Aufschluß über die psychologischen Ursachen des Niederganges Deutschlands. Ein Volk, das, wenn auch nur in seinen nachgehenden Führersichten, das Gesicht dieses Kaisers trug, mußte sich die ganze Welt zum Feinde machen. Wir lernen das Gebaren dieses Kaisers begreifen aus seiner geistigen und körperlichen Unzulänglichkeit. Aus diesem Begreifen wächst die Erkenntnis, welch ein fürchterliches Schicksal es ist, wenn ein Siebzehnjähriger von einem einzelnen Menschen beherrscht wird, einem Menschen, der die Berufung zur Leistung nicht aus seiner geistigen Qualifikation, sondern aus den Vorrechten seiner Geburt herleitet. Dieses Buch Ludwigs ist geeignet, Millionen deutscher Volksgenossen den Gedanken der Demokratie tief im Herzen zu verankern.

Ein weiteres Werk hat Emil Ludwig über „Bismarck“ geschrieben. Dies Buch war unbedingt notwendig, im Hinblick auf den Verstand, der innerhalb des deutschen Volkes mit dem Namen Bismarck getrieben wird. Wir sehen hier, daß auch ein Mann wie Bismarck der menschlichen Jüge nicht entbehrt, daß er im Grunde ein großer politischer Abenteurer war. Zwar überregte er an Geist und Will alle Gegenspieler seiner Epoche, und dadurch konnte er die großen Erfolge seiner Politik hereinbringen, die ihn vor der Geschichte den Ruf des größten deutschen Staatsmannes eintrugen.

Ludwigs bestes Werk neben Wilhelm II. ist unstreitig seine „Napoleon“-Biographie. Der Geschichtsforscher von heute hat ja genügend zeitlichen Abstand, um ein reines Bild dieses gewaltigen politischen Abenteurers zweier Jahrhunderte zu gewinnen. Ludwigs hat die große Menge des vorhandenen Materials bewältigt und zu einem in hundertfacher Sprache geschriebenen, spannenden Werke gefaltet. Viele Deutsche werden erst aus Ludwigs Buche die wahre europäische Bedeutung Napoleons erkennen, der als Sohn der französischen Revolution das alte, in seinen politischen und gesellschaftlichen Formen moribund gewordene Europa zerstückte und damit einer freieren demokratischen Entwicklung die Bahn frei machte. Wir erleben die tiefe Tragik dieses schöpferischen Lebens, dem das Glück solange den Erfolg bescherte, als es die im Auge der Zeit liegenden geschichtlichen Notwendigkeiten erfüllt, und das scheitert, als es Abende wandelt, die den Maßstab des gesellschaftlich Notwendigen überschreiten.

Die großen Erfolge, die mit lebendig dargestellten politischen Biographien erreicht wurden, haben auch andere Dichter und Schriftsteller zu ähnlichem Schaffen angeregt. Da ist vor allen Berner Hegemann mit seiner „Fredericus“-Biographie, die diesen Heros der preussischen Geschichtsschreibung einmal seines Glanzes ausleuchtet und die wahre Persönlichkeit und die politische Bedeutung Friedrichs einer kritischen Betrachtung unterwirft. Hegemann ist allem Heroldismus obdunkel, das zeigt sich

und nur was im Dusen dahinter steht, verborgen, gedrückt, aufsteht: das heißt Mensch.

„Werde den Bruder! Dergleib deiner Schwester! Niemand ist dir, wie sie sind! Entwirf dich über das Schicksal, doch laß es werden zur Tat gegen das „Schicksal“, unter dem Menschen leiden!“

„Ihr zu leben und zu schämen wegen dem, das ich unter besseren Sternen geworden wäre“, bittet der Dichter. — Das ist das große und tiefe Verbrechen der Welt.

Was sich zu lesen lohnt.

Morten sah da und schrieb in einem biden Fest. Er schlug es hastig zu, als Belle eintrat. „Was ist das?“ fragte Belle und wollte das Fest öffnen. „Schreibst du noch in deinem Schreibbuch?“

Morten legte verärgert die Hand auf das Fest. „Nun, meinest wegen“, sagte er auf einmal, „du kannst es gern wissen. Ich habe ein Gedicht geschrieben. Aber du mußt nicht darüber reden.“

„Ach, lies es mir doch vor!“ bat Belle.

„Ja, aber du mußt mir versprechen, darüber zu schweigen, sonst glauben die anderen bloß, daß ich verrückt geworden bin.“

Er war ganz verstimmt und las flüchtig. Es war ein Gedicht über die Armen, die das Ganze in ihren emporgestreckten Händen trugen und resigniert zusahen, wie die da oben sich göttlich hielten. Es hieß: „Sagt sie fallen!“ — und diese Worte kamen als Schreie in jedem Vers wieder. Und da Morten jetzt im Zug war, las er auch eine anspruchsvolle kleine Geschichte von dem Kampf der armen Leute um das liebe Brot.

„Das ist verdammt großartig!“ rief Belle begeistert aus. „Gewaltig gut, Morten! Ich begreife bloß nicht, wie du das zusammengelegt — besonders die Verse. Aber du bist wohl ein Dichter. Das habe ich übrigens immer geglaubt — denn du hast so viel Sonderbares an dir. Deine eigenen Ansichten hast du, und du läßt dir auch nicht gern die Flügel stuben. Aber warum dachtest du nicht was Großes und Spannendes, was sich zu lesen lohnt, an uns ist ja doch nichts Interessantes!“

„Das finde ich aber gerade!“

„Nein, das begreife ich nicht. Was kann ein armer Dichter wohl erleben?“

„Ja“, daran glaubte Belle freilich; „aber darum werden wir doch nicht auf einmal zu Herrlichkeiten!“

„Du willst von Grafen und Baronen lesen“, sagte Morten. „So seht ihr alle. Euch selbst betrachtet ihr doch als Feindsel, wenn es darauf ankommt. Ja, das tut ihr. Aber ihr wißt es nur nicht! Das ist die Sklavennatur in euch, so betrachtet euch die höhere Gesellschaftsklasse, und ihr tut das unwillkürlich auch. Ja, schneide du man Fragen; wahr ist es, darum doch! Nein, es soll sein sein — immer nur sein! Am liebsten spie man ja auf Vergangenheit und Eltern und rückt selbst zu den Feinden. Wagt, und weil sich das nicht machen läßt, verlangt man es in Bildern.“ Morten war ärgerlich.

„Na, na“, sagte Belle beruhigend, „so schlimm ist es doch wohl auch nicht!“

„Ja, es ist so schlimm!“ rief Morten heftig aus. „Und weißt du warum? Weil ihr noch nicht begriffen habt, daß der Mensch heilig ist und daß es dann ganz einerlei ist, wo er sich bewegt!“

„Der Mensch ist heilig?“ fragte Belle lachend. „Ich bin doch nicht heilig — ich glaube auch eigentlich nicht, daß du es wärst.“

„Ich will dir mitteilen, daß du es auch bist!“ sagte Morten ernsthaft. „Denn sonst bist du nichts weiter als ein Pferd oder eine Maschine, die ein Stück Arbeit tun.“ Und dann schweig er mit einer Miene, als sei genug über die Sache geredet.

Aus „Pelle der Eroberer“.

auch in seiner „Napoleon“-Biographie. Hegemann kommt zu gänzlich entgegengesetzten Auffassungen als Emil Ludwig und so bildet die umfangreiche Arbeit wertvolle Ergänzungen und Anregungen. Der rheinische Dichter Herbert Gulenberg gab ein Buch heraus, „Die Hohenzollern“, eine Reihe von Porträts preussischer Könige. Im Gegensatz zu den Werken Ludwigs und Hegemanns ist das Hohenzollern-Buch Gulenbergs schon wegen seiner vielen Unrichtigkeiten und Ungenauigkeiten kaum zu empfehlen. Kurzlich erschien von Gulenberg ein weiteres Buch, „Die letzten Wittelsbacher“. Gulenberg unternimmt u. a. darin den Versuch, den Bayernkönig Ludwig II., der ja bekanntlich wegen angeblicher Geisteskrankheit von der Regierung entfernt wurde, zu rehabilitieren. Dieser Versuch wirkt zweifellos interessante Schlaglichter auf die Art und Weise, wie man sich in deutschen Fürstentümern mißliebiger und im Wege stehender Familienmitglieder entledigte, was ja nicht nur am bayerischen Hofe im Schwange war.

Einer der härtesten und silberwandtesten jungen Historiker unter den Schriftstellern ist Valeriu Marcu. Einer kleinen Schrift über Wilhelm II. steht, zu dessen 100. Geburtstag herausgegeben, ist eine umfangreiche Lenin-Biographie gefolgt. Die immer russischer Verhältnisse scheitern den Schriftsteller Marcu ob seiner mangelhaften Tatsachenkenntnis. Dem steht entgegen, daß es außer ihm noch niemand vermoht hat, ein so lebendiges aufschlußreiches Buch über den Schöpfer des neuen Rußland zu schreiben, ein Werk, das uns die Persönlichkeit Lenins so nahe bringt. Es ist neben den Werken Hans Füllers und Emilgen Benavios über Rußland und russische Staatsmänner das Populärste, was wir über das Werden der russischen Revolution lesen können. Daß Valeriu Marcu gewillt ist, auf dem einmal beschrittenen Wege fortzufahren, beweist sein kürzlich erschienenen Buch „Das große Kommando Schamhorst“, die Geburt einer Abenteurermacht in Europa. Die Abneigung, die in den Kreisen der Arbeiterbewegung gegen alles militärische Wesen und Unwesen besteht, sollte doch niemandem daran hindern, sich über unsere militärische Vergangenheit zu orientieren, die uns ja in die gegenwärtige Situation hineinbrachte. Marcu schildert in seinem Buche weniger Schamhorst, den Schöpfer der neuen preussischen Armee, als die politischen Hintergründe der Zeit, die für die nachmalige Enttarnung Preußens-Deutschlands so sehr wichtig war.

Im Hinblick auf die Bemerkung, das Lesen der genannten Werke zweckmäßig mit der Lektüre einer wissenschaftlichen Darstellung der Ereignisse zu verbinden, sei auf einige empfehlenswerte Bücher hingewiesen: Bueßing: „Geschichte des deutschen Volkes“, Schnabel: „Einführung in die Geschichte der neuesten Zeit“ und Arthur Rosenbergs: „Die Entstehung der deutschen Republik“.

H. Wilhelm.

Ein Gang durch das Geffeltal.

Bei dem Stummel der Nationalisten gegen die Kriegsschuldfrage am 27. Juni durften auf keinen Fall die Gelben fehlen. Das "Merseburger Tageblatt", dieses völlisch-nationale Presseblatt, wurde vor allen Werkstätten der Braunkohlengruben gratis an die Kumpels verteilt. Um genügend Leute zu einer Kundgebung zu bekommen, hatte die Werksleitung der Grube Elisabeth den Mitgliedern der Werksgemeinschaft und der Knappenvereine, welche Nachsicht hatten, großzügig die Schicht bezahlt. Durch Auszahlung auf dem Wert hatte Herr Braun die Teilnahme an der Kundgebung in Mülcheln den Mitgliedern zur Pflicht gemacht. Erscheinen in Uniform oder buntem Straßenanzug war vorgeschrieben. Trotzdem waren von 800 Belegschaftsmitgliedern ganze 72 Männlein erschienen, zum Teil Angestellte und Invaliden. Nach dem vorchriftsmäßigen Hurraschrei zog man in das Kasino des Ledigenheims ein, um sich von den Strabazern zu erholen. Hier wurden an die tapferen Gelben und Knappenvereiner Biermarlen und Zigarren verteilt. Die Werksleitung der U.M.W. läßt es sich schon was kosten, wenn die dummen Proleten ihren Willen erfüllen. Bald herrschte deshalb auch eine feuchtsüßliche Stimmung, die bis 4 Uhr morgens andauerte. Da hatte man genug gegen die Schuldfrage protestiert und zog schwänkelnd den heimischen Penaten zu. Verschiedene der tapferen "Teufchen" mußten wohl noch in ihrem Brunnenschädel die Erinnerung haben, daß ihre Schicht noch nicht zu Ende sei, denn Frühlichter sahen einige dieser Kreaturen in Gehrad und Uniform in der Grube umherpatulieren. Und dieses Theater nennen unsere Nationalen: Bekämpfung des Verfallers Friedensvertrages. Pfui Teufel!

Nicht weit von der Grube Elisabeth liegt die Grube Cäcilie mit dem altbekannten Herrn Schlichter als Direktor. Derselbe ist pensionierter Jäger und läßt an die Belegschaftsmitglieder, soweit sie dem Werkverein angehören, Dosen zu Weihnachten verteilen. Trotzdem scheint er nicht viel von der Charakterfestigkeit seiner Blödinge zu halten. Neulich sagte er zu einem Beamten: "Wenn wieder einmal ein Streik ausbricht, streiken zwei Drittel der Werksgemeinschaft mit." Ein schlechtes Zeichen, Herr Direktor! Zum Lachen reizt uns die Dummheit der Gelben. Wunde noch vor einiger Zeit in einer Gelbenterversammlung davon gesprochen, daß die Kameraden, die die Arbeit eines krankelnden Kameraden mit verrichten, auch den Lohn anteilmäßig erhalten sollen. Es fanden sich wirklich ein paar Dumme, die die Arbeit mitmachten; den Lohn erhielten sie natürlich nicht. Also bitte, hochverehrte Werksgemeinschaftler, sorgt für bessere Durchführung eurer Versammlungsbeschlüsse!

Auf Grube Leonhardt muß die Werkskapelle feste üben, damit der Knappenverein keinen Ausflug mit Musik machen kann. Den Autobus zur Fahrt stellt selbstverständlich das Werk.

Man weiß schon, was man seinen Schätzlingen schuldig ist. Bei der Bräunenzahlung an die Witteilungen ist die Werksleitung nicht so freigebig.

Das Geseß zu umgehen versteht glänzend die Verwaltung der Grube Otto Dänneberg. Da das Reunamerl, dem diese Grube gehört, in letzter Zeit nicht mehr so viel Kohle abnimmt wie früher, mußte die Förderung bedeutend eingeschränkt werden. Es werden jetzt nur noch 800 Tonnen Kohlen täglich gegen 8000 Tonnen früher gefördert. Die Folge ist, daß die Belegschaft größtenteils zur Entlassung kommt. In 14 Tagen wird der Abbaubetrieb vollkommen stillgelegt. Nach Ansicht der Werksleitung handelt es sich bei diesen Maßnahmen keinesfalls um eine Betriebsreorganisation. Sie hat aus diesem Grunde auch keine Anzeige bei den Behörden erstattet, sondern entläßt allmählich 30 bis 40 Mann und kommt auch so zu ihrem Ziel. Der Arbeiter muß sehen, wie er zurecht kommt.

Seit 1923 hat es die Direktion der Grube Cäcilie II wiederholt verstanden, die Wahl einer Betriebsvertretung zu verhindern. Jedesmal, wenn von der Organisation Kandidaten aufgestellt waren, wurden dieselben schikaniert und gemäßigelt. Allen Widerwärtigkeiten zum Trotz ist es jetzt gelungen, eine freie-gewerkschaftlich organisierte Arbeiter unter Führung des Bergbauindustriearbeiterverbandes aufzustellen. Die Gelben, die auf dieser Grube eine große Rolle spielen, haben überhaupt keine Liste zusammengebracht, so daß die freigewerkschaftliche Liste als gewählt gilt. Hoffentlich gelingt es dem Betriebsrat nunmehr, auch die schlechte Organisation auf dieser Grube zu beseitigen und die Arbeiter unserem Verband zuzuführen.

Schon in der Bibel steht geschrieben: "Sechs Tage sollst du arbeiten und am siebenten Tage ruhen." Diese christliche Lehre gilt aber für unsere Braunkohlenbarone anscheinend nicht. Da sie selber Sonntags gerne ausruhen, müssen die Braunkohlenarbeiter an diesem Tage um so mehr für sie schuften. So wird in letzter Zeit auf fast allen Betrieben (im Abbau wie in Witteilungen) Sonntags gearbeitet. Auf Grube von der Heydt haben am 9. Juni 250 Mann im Abbau gearbeitet, ohne daß die Verwaltung den Betriebsrat benachrichtigte. Ebenfalls müssen die Elektriker und Werkstattarbeiter Sonntag für Sonntag Überstunden versehen, teilweise 24 Stunden hintereinander. Wir bezweifeln, daß von diesem skandalösen Zustand die Bergbehörde Kenntnis hat.

Den Arbeitern aber rufen wir zu: Macht Schluss mit diesem System! Holt eure tarifliche Arbeitszeit ein und organisiert euch im Bergbauindustriearbeiterverband!

Aus dem Saargebiet.

Neuerungen im Knappschaftswesen.

Umrechnung von Dienstzeiten, die bei Hüttenknappschaftsvereinen erdient wurden.

In der Verordnung zur Einführung des Saar-Knappschaftsgesetzes vom 16. September 1925 hat die Regierungskommission bestimmt, daß den Knappschaftsmitgliedern, die sich früher Anwartschaften auf Pension bei einem Hüttenknappschaftsverein erdient, dieselben aber durch Arbeitsunterbrechung wieder verloren hatten, dieselben wieder aufleben können, wenn der betreffende Anwärter ein Jahr Mitglied bei einem Knappschaftsverein nach dem 1. Januar 1926 gewesen sei. Der Saar-Knappschaftsverein hätte ohne weiteres dieser Bestimmung stattgegeben, wenn die Hüttenknappschaftsvereine sich nicht geweigert hätten, den ihnen zufallenden Anteil zu zahlen. Da letztere sich jedoch weigerten, war der Saar-Knappschaftsverein gezwungen, die Angelegenheit im Prozeßverfahren klären zu lassen. Durch ein Urteil des Landesversicherungsamtes Saarlouis ist nun der Saar-Knappschaftsverein gezwungen worden, die Mitgliedszeiten bei den Hüttenknappschaftsvereinen anzuerkennen, ohne daß die Verpflichtung ausgesprochen wurde, daß letzterer für die Zeit, für die er Beiträge erhielt, auch die Leistungen zahlen müsse. Der Vorstand ist der Auffassung, daß dies ein Fehlurteil sei und zu einer ungerechtfertigten Belastung des Saar-Knappschaftsvereins führe. Dadurch ist der Saar-Knappschaftsverein gezwungen, Pension für solche Zeiten zu zahlen, für die er keine Beiträge erhielt. Der Vorstand erlucht die Regierungskommission, durch einen entsprechenden Gesetzesakt die Hüttenknappschaftsvereine zur entsprechenden Leistung heranzuziehen. Jedoch steht einwandfrei fest und ist auch durch das oben angeführte Urteil begründet, daß für die nach dem 1. Januar 1926 pensionierten Mitglieder, die früher Dienstzeiten bei einem Hüttenknappschaftsverein hatten und dieselben nicht bei der Pensionfestsetzung angerechnet bekamen, die nachgewiesenen Dienstzeiten verrechnet werden müssen. Es wird unfererseits darauf aufmerksam gemacht, daß diesbezügliche Anträge an den Saar-Knappschaftsverein nicht gestellt zu werden brauchen, da die Fälle der Verwaltung bekannt sind und daher die Neuberechnung von Amts wegen vorgenommen wird.

Anwartschaftserhaltung der Knappschaftspensionäre auf Leistungen der Invalidenversicherung, falls sie versicherungspflichtiger Beschäftigung nachgehen.

Nach neueren Bestimmungen der Invalidenversicherung können sich, im Gegensatz zu früher, Knappschaftspensionäre, die versicherungspflichtige Arbeit ausüben, von dieser Versicherungspflicht befreien lassen. Jedoch entstand allerdings die Frage, ob eine Befreiung von der Versicherungspflicht keinen Verlust der erworbenen Anwartschaften nach sich ziehen könne. Da diese Frage selbst im Reich stark umstritten war, hat der Vorstand sich in dieser Frage die Auffassung der Reichsknappschaftsvereine zu eigen gemacht; danach muß ein Pensionär, der versicherungspflichtiger Beschäftigung nachgeht, sich von der Versicherungspflicht jedoch befreien lassen, innerhalb zwei Jahren nach Aufnahme der versicherungspflichtigen Beschäftigung mindestens 20 Wochen leben, um die Anwartschaft aufrechtzuerhalten, oder er muß nachweisen, daß er innerhalb zwei Jahren nach Aufnahme versicherungspflichtiger Beschäftigung 20 volle Wochen nicht gearbeitet hat.

Unsere Knappschaftskassen müssen in den Versammlungen auf diese Tatsachen hinweisen und die Pensionäre ermahnen, bei Ausübung einer versicherungspflichtigen Beschäftigung auf jeden Fall weiterzuleben, da dadurch sich ihre Renten steigern werden.

Ermäßigung der Pflegekosten für Familienangehörige von Knappschaftsmitgliedern bei Krankenhausbehandlung.

Schon oft haben die Gemeindefürsorge in den letzten Jahren den Antrag wiederholt, die Pflegekosten für Familienangehörige bei Krankenhausbehandlung ganz auf die Knappschaftskasse zu übertragen. Ein kleiner Fortschritt ist nun in der letzten Vorstandssitzung zu verzeichnen gewesen, indem der Pflegekostensatz in den Vereinstrentenhäusern für Erwachsene von 30 auf 25 Fr. täglich und für Kinder von 25 auf 20 Fr. täglich herabgesetzt wurde. Von diesen Sähen zahlt das Mitglied die Hälfte, das wären also 12,50 bzw. 10 Fr. täglich; die andere Hälfte zahlt der Saar-Knappschaftsverein. Es muß dabei darauf hingewiesen werden, daß es den Gemeindefürsorge schon vor einigen Jahren gelungen ist, mit diesem Kostensatz alles abzugelten, wie: Operationskosten, Medikamente und Verbandsmaterial.

Wir müssen jedoch darauf aufmerksam machen, daß den Mitgliedern, welche ihre Frauen bzw. Kinder in fremde Krankenhäuser unterbringen, ebenfalls nur der Betrag von 12,50 bzw. 10 Fr. erstattet wird. Um Härten zu vermeiden, hat der Vorstand beschlossen, daß benannten Mitgliedern, die ihre Familienangehörigen aus zwingenden Gründen auf ärztliche Verordnung in fremden Krankenhäusern unterbringen müssen, auf dem Unterbringungswege bis zu dem bisherigen Pflegekostensatz gehalten werden soll. Dabei muß, wie schon erwähnt, die absolute Notwendigkeit der Unterbringung in ein fremdes Krankenhaus nachgewiesen werden.

Wir hoffen bestimmt, daß wir in nicht allzu langer Zeit erreichen können, daß die Behandlung der Familienangehörigen in den Vereinstrentenhäusern vollständig kostenlos erfolgt.

Lohnfrage.

Der Lohn der beim Saar-Knappschaftsverein beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wurde entsprechend der Lohnerhöhung im Bergbau erhöht. Die jetzt gültigen Löhne dürften aus nachstehender Tabelle ersichtlich sein:

I. Bezüge der erwachsenen männlichen Schichtführer.		bisher	jetzt
Lohnklasse I (gelernte Handwerker):			
im Alter von 22 Jahren und darüber	33,60	35,00	Fr.
21 Jahren (90 %)	30,24	31,50	"
20 Jahren (80 %)	26,88	28,00	"
19 und 18 Jahren (70 %)	23,52	24,50	"
Lohnklasse II:			
im Alter von 22 Jahren und darüber	31,80	33,00	"
21 Jahren (90 %)	28,62	29,70	"
20 Jahren (80 %)	25,44	26,40	"
19 und 18 Jahren (70 %)	22,26	23,10	"
17 und 16 Jahren (60 %)	19,08	19,80	"
Lohnklasse III:			
im Alter von 22 Jahren und darüber	30,60	32,00	"
21 Jahren (90 %)	27,54	28,80	"
20 Jahren (80 %)	24,48	25,60	"
19 und 18 Jahren (70 %)	21,42	22,40	"
17 und 16 Jahren (60 %)	18,36	19,20	"
II. Bezüge der jugendlichen Arbeiter			
im Alter von 14 Jahren	10,71	11,20	"
im Alter von 15 Jahren	13,77	14,40	"
III. Bezüge der weiblichen Schichtführer.			
Bürohilfsarbeiterinnen			
im Alter von 20 Jahren und darüber	22,26	24,00	"
im Alter von 19 Jahren	19,08	20,00	"
im Alter von 18 Jahren	15,90	16,00	"
Sonstige Schichtführerinnen			
im Alter von 20 Jahren und darüber	21,42	22,40	"
im Alter von 19 und 18 Jahren	18,36	19,20	"
im Alter von 17 und 16 Jahren	15,30	16,00	"
IV. Bezüge der Bebrlinge.			
Sonderbebrlinge			
im Alter von 14 Jahren	9,36	10,00	"
im Alter von 15 Jahren	11,44	12,00	"
im Alter von 16 Jahren	15,49	16,00	"
im Alter von 17 Jahren	15,49	16,00	"

Vom Beginn des 18. Lebensjahres ab erfolgt die Entlohnung nach dem jeweils gültigen Tarif, sofern der Bebrling eine vierjährige Bebrzeit zurückgelegt hat:

Bürohilfsbebrlinge im Alter von	bisher	jetzt
14 Jahren	9,36	10,00
15 Jahren	11,44	12,00
16 Jahren	15,49	16,00
17 Jahren	15,49	16,00
18 Jahren	16,43	20,00
19 Jahren	19,34	22,00

Vorstehende Sätze zu IV, soweit sie das Alter von 14 bis einschließlich 17 Jahren betreffen, finden auch auf die Bürohilfsarbeiterinnen bis zu 17 Jahren Anwendung.

Dieses wird bemerkt: Nach Lohnklasse I werden künftig nur noch gelernte Handwerker entlohnt und erhalten dieselben Zulagen, wie sie auf der Grube gezahlt werden.

Konferenz der Betriebsräte im Bitterfelder Braunkohlenrevier.

Die im Frühjahr stattgefundene Betriebsratswahl in unserem Revier hat einen vollen Erfolg für unsere Vorschlagskassen gebracht. Da verschiedene neugewählte Betriebsratsmitglieder in ihr Amt eingetreten sind, war für die Geschäftsstelle Bitterfeld eine Betriebsrätekonferenz notwendig, um die einzelnen Betriebsräte in ihre Pflichten und Rechte aus dem Betriebsrätegesetz einzuführen. Die Konferenz fand am 30. Juni in Bitterfeld statt. Kamerad Hesse (Galle) hielt ein Referat über die öffentlich-rechtlichen Funktionen der Betriebsräte. Hesse konnte in seiner ihm eigenen Art den zahlreich erschienenen Betriebsratsmitgliedern die Pflichten und Rechte der Betriebsräte auseinandersetzen, ihnen die einzelnen Paragraphen des Betriebsrätegesetzes nahebringen und aus der Fülle seiner Erfahrungen die praktische Anwendung für die Belegschaftsmitglieder aufzeigen. Seine Ausführungen führten wohl alle Betriebsratsmitglieder zu der Erkenntnis, daß wir in das Stadium der Ausübung des Betriebsrätegesetzes gelangt sind und daß sich keineswegs eine Betriebsvertretung durchsetzen kann, wenn sie ohne Kenntnis des Betriebsrätegesetzes mit den Arbeitgebern in Verhandlung tritt.

Anschließend berichtete Kamerad Burcke über das Ueberstundenunwesen und das Verfahren von Sonntagsarbeiten in unserem Revier. Dieser Zustand wächst sich zurzeit zu einem Skandal aus. Nicht nur an den Betriebsratsmitgliedern, sondern auch an den einzelnen Belegschaftsmitgliedern liegt es, diesen Zustand zu ändern. An Hand der Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes, des Tarifvertrages und des Betriebsrätegesetzes zeigte er Mittel und Wege, wie dem Ueberstundenunwesen Einhalt geboten werden kann.

In der Diskussion schloßerten verschiedene Kameraden eingehend die diesbezüglichen Mißstände auf den einzelnen Betrieben. Alle anwesenden Betriebsratsmitglieder erklärten sich bereit, alles zu tun, damit endlich auch im Bitterfelder Revier die tariflich festgesetzte Arbeitszeit eingehalten wird.

Um den Betriebsratsmitgliedern Gelegenheit zu geben, nicht nur theoretische Vorträge zu hören, sondern auch durch praktische Beispiele zu einem tieferen Verständnis des Arbeitsrechts in Verbindung mit dem Betriebsrätegesetz zu gelangen, wurde beschlossen, für einzelne Betriebe gesonderte Sitzungen abzuhalten.

Arbeiterbewegung.

Der Gewertverein christlicher Bergarbeiter

veröffentlicht seinen Klassenbericht für 1928. Die Buchführungsmethode, die Vermögensbewertung ist nicht dieselbe wie bei unserem Verband, so daß Vergleiche mancher Posten nicht möglich sind. Soweit die Zahlen von Interesse sind, stellen wir sie nachfolgend für beide Verbände zusammen:

Einnahmen.	Gewertverein	Verband
Reineinnahmen (ohne Barbestand vom Vorjahr)	2 783 518,02	6 348 368,27
Beiträge	2 523 793,96	5 712 806,43
Eintrittsgeld	15 473,42	42 652,48
Ausgaben.		
Steuern, Lohnbeweg., Maßregelungen	68 952,56	404 024,58
Arbeitslosenunterstützung	178 646,70	392 368,68
Krankengeld	337 061,59	810 343,96
Storbegeld	82 263,62	438 98,47
Stiftungsgewinne	126 683,29	145 506,51

Im Vermögen weist der Bericht 5 687 000 M. aus, während der Bericht unseres Verbandes 7 979 000 M. ausweist.

Verbandstagung der deutschen Buchdrucker.

In der Zeit vom 24. bis 29. Juni trat in Frankfurt a. M. der 14. Verbandstag des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zusammen. Dem Geschäftsbericht zufolge stieg die Mitgliederzahl des Buchdruckerverbandes vom 1. Januar 1926 bis zum 31. Dezember 1928 von 79 340 auf 83 908. Die Buchdrucker sind zu 86 Prozent organisiert, wovon etwa 3 Prozent auf den christlichen Verband entfallen. Diesem starken freigewerkschaftlichen Zusammenfluß verdanken die Buchdrucker in erster Linie ihre Erfolge. Den Buchdruckern ist es auch gelungen, den verberberischen Einfluß der Kommunisten fast völlig auszuschalten.

Die Lehrlingsabteilung weist für die gleiche Berichtsperiode eine Zunahme von 11 390 auf 17 327 Mitglieder auf, woraus hervorgeht, daß etwa 85 Prozent aller im Buchdruckgewerbe tätigen Lehrlinge im Buchdruckerverband organisiert sind. Zusammen mit den Bebrlingen hat der Buchdruckerverband über 100 000 Mitglieder.

Bei der Berichtserstattung über die Lohn- und Tarifbewegungen in den letzten Jahren wies Verbandsvorsitzender Krauß besonders auf die Lohnbewegung im Jahre 1928 hin, die mit der verbindlichen Erklärung eines ungenügenden Schiedsspruches beendet wurde. Durch einen Streit trotz der verbindlichen Klärungen wäre zweifellos der Tarif- und Schlichtungsstreit des Gesamtunternehmens in die Länge gearbeitet worden. Das durfte nicht geschehen, weil das Schlichtungswesen nicht nur eine Sache der Buchdrucker oder einer Einzelgewerkschaft ist, sondern eine die gesamte Gewerkschaftsbewegung berührende wichtige soziale und wirtschaftspolitische Frage.

Der Verbandskassierer berichtete u. a. darüber, daß das Revierbandvermögen Ende 1926 im Betrage 4 324 691 M. oder pro Mitglied 53,74 M. betrug; Ende 1928 dagegen hat das Revierbandvermögen 8 336 964 M. betragen, ist also auf 93,86 M. pro Mitglied gestiegen.

Dem Verbande ist es nach dem Zusammenbruch der deutschen Währung in kurzer Zeit gelungen, sein Unterstützungswesen wieder in beachtlicher Weise auszubauen und der Organisation ein starkes wirtschaftliches Rückgrat zu geben. Doch einer lebhaft geführten Ausrede, in der sich der Hülfe zu auf-

Kameraden! Nachdem die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten (Arbeiterbank) in fast allen Gauen Deutschlands Filialen und Zahlstellen besitzt, sind auch unsere Mitglieder verpflichtet, ihr eigenes Geld-Institut in Anspruch zu nehmen. Für die Mitglieder und Funktionäre des Verbandes sind folgende Filialen und Zahlstellen erreichbar, wo Verbands- und Spargelder hinterlegt werden können:

FILIALENS
BOCHUM
BREITENBURG
DRESDEN
FRANKFURT A. M.
HAMBURG.

SPART BEI DER BANK DER ARBEITER ANGESTELLTEN UND BEAMTEN, S

BERLIN 114, WALLSTRASSE 68



HANNOVER
MÜNCHEN
SAARBRÜCKEN

Zahlstellen: Aachen, Celle, Cottbus, Düsseldorf, Gießen, Gleiwitz, Halle, Hannover, Köln, Magdeburg, München, Saarbrücken, Waldenburg und Weißwasser N.-L.

Zahlstellen an der Ruhr: Dortmund, Duisburg, Essen, Hagen, Horne, Wanne, Witten.

Während Arbeit dokumentierte, wurde dem Verbandsvorstand einstimmig das Vertrauen für seine Geschäftsführung ausgesprochen. Dieses Ergebnis war ein beachtenswerter Aufschwung für die Erhellung sämtlicher übrigen Tagesordnungspunkte des Verbandstages. Sie betrafen in der Hauptsache die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Schaffung von Einrichtungen zur Förderung des beruflichen Nachwuchses.

Um das Unterstützungswesen, namentlich die Invalidenunterstützung, der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend auszugestalten zu können, wurde mit großer Mehrheit die Erhöhung des Verbandsbeitrages um 30 Pf. wöchentlich beschlossen. Die Sätze der Invalidenversicherung betragen zulässig in der geringsten Staffel (450 Beiträge) 1,40 M. pro Tag, in der höchsten Staffel (2000 Beiträge) 2,40 M. pro Tag.

Angenommen wurden auch einige Entschlüsse, von denen sich eine gegen den organisierten Lohnabbau der Unternehmer richtet und in welcher den davon Betroffenen der stärkste Schutz der Organisation zur Seite gestellt wird. Eine andere Entschlüsse verurteilt aufs schärfste die Verbote von Leistungen und die damit in Verbindung stehenden, bei Gehilfen vorgenommenen Hausdurchsuchungen. Eine weitere noch richtet sich gegen die restlose Ausstrahlung der Behringsskala durch die Unternehmer und die dadurch entstehende Vermehrung der Arbeitslosen, erwartet aber auch von den Gehilfen, daß Überstunden möglichst vermieden werden.

Der Gründung eines Industrierverbandes stellte sich der Verbandstag ablehnend gegenüber. Einmütige Billigung und Anerkennung erfuhr die Forderung des Verbandsorgans, des zweimal wöchentlich erscheinenden „Korrespondent“, des ältesten deutschen Gewerkschaftsblattes.

Schwerpunkte des Verbandstages bildeten die Referate des Prof. Dr. Nötting über „Wirtschaftspolitik“ im Rahmen des demokratischen Gegenwartsstaates und des Bundesvorsitzenden Peter Grafmann über „Die Politik des DGB“.

Aus den Wahlen zum Verbandsvorstand gingen hervor: Otto Krauß als erster Vorsitzender und Richard Barth als zweiter Vorsitzender. Auch die Wahl der Redakteure des Verbandsorgans ergab Einmütigkeit. Alles in allem nahm der 14. Verbandstag der Buchdrucker einen Verlauf, wie er einer Organisation würdig ist, die Wert darauf legt, den Unternehmern zu beweisen, daß ihre Bewegung gesund, stark und kampfbereit ist. Eine solche Macht, wie sie der Buchdruckerverband verkörpert, flößt auch kapitalkräftigen Gegnern bei sozialen Kämpfen den nötigen Respekt ein.

Die Schweden brechen die Beziehungen mit den Russen.

Die einzige Gewerkschaft in Schweden, die einen Gegenbeitsvertrag mit den Russen abgeschlossen hat, der schwedische Verband der Eisengrubenarbeiter, hat auf ihrem kürzlich abgeschlossenen Verbandstag beschlossen, diesen Vertrag aufzuheben. Gleichzeitig wurde die überwiegend kommunistische Verbandsleitung abgesetzt und eine neue Leitung gewählt.

Zu dieser Tagung war auch die Bergarbeiterinternationale eingeladen worden. Sie hatte eine Delegation abgelehnt, da sie kein Interesse daran hatte, ihre Vertreter tagelang mit den ebenfalls eingeladenen Russen zwecklos besatteln zu lassen. Eine Bundesdelegation kann nicht zwei Internationalen angehören. Nachdem sich die Schweden raumtweilig gegen die Russen entschieden haben, steht ihrer Aufnahme in die Bergarbeiterinternationale nichts mehr im Wege.

Daß der Abwärtstrend in Schweden Fortschritte macht, besagt auch die folgende Meldung:

„Der Kongreß der syndikalistischen Landeszentrale Schwedens hat den von einer aus Vertretern der syndikalistischen und freien Gewerkschaftszentralen zusammengesetzten Kommission ausgearbeiteten Plan einer Verschmelzung der beiden Landeszentralen abgelehnt. Auf Grund dieses Beschlusses hat der Generalsekretär der syndikalistischen Landeszentrale, der ein eifriger Anhänger der Verschmelzungsbestrebungen war, sein Amt niedergelegt und ist zur freien Gewerkschaftsbewegung übergegangen. In den einflussreichen Kreisen der syndikalistischen Gewerkschaftsbewegung Schwedens befindet man, daß dieser Kongreßbeschluss den Beginn einer vollständigen Auflösung der syndikalistischen Gewerkschaftsbewegung bedeuten wird. Schon jetzt beginnt die Mitgliederzahl bedeutend zu sinken. In der letzten Zeit ist sie von 30 000 auf etwa 20 000 Mitglieder zurückgegangen, während die freigewerkschaftliche Landeszentrale zurzeit über 470 000 Mitglieder zählt.“

Wirtschaft.

Das Staatsmonopol für die Gewinnung von Steinkohle und Erdöl

ist am 6. Juli im Preussischen Landtag auf alle Teile Preussens ausgedehnt worden, in denen es noch nicht galt. Da Arbeit des Grundbesitzers mit der Auffindung von Steinkohle und Erdöl nicht verbunden ist, waren die Sozialdemokraten dagegen, daß eine Entschädigung an die Grundbesitzer festgelegt werde. Die bürgerliche Mehrheit im Ausschuss beschloß aber gegen SPD und KPD, nachdem der grundlegende Beschluß gefaßt worden war, daß die Eigentümer des Bodens eine Entschädigung erhalten sollen, stellen die Sozialdemokraten den Antrag, daß wenigstens die mittellose eingetretene Werksicherung nicht entzogen werden dürfe. Durch Annahme dieses Antrages wäre wenigstens die Bodenkapitalisation eingeschränkt und der unwirtschaftlich ungenutzte Gewinn auf einen kleinen Bruchteil verringert worden. Es wäre übrig geblieben nur die Entschä-

digung für den Grund und Boden, wie er vor der Auffindung der Erbsätze war, und die Entschädigung für etwaige Aufwendungen und Verluste, die bei dem Eigentümer im Zusammenhang mit der Entdeckung der Kohlenstätte entstanden wären. Leider ist im Ausschuss dieser Antrag zu Fall gekommen, weil auch die kommunistischen Abgeordneten dagegen gestimmt haben. Im Plenum wurde der sozialdemokratische Antrag wiederholt, er wurde nun von Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten angenommen.

Eine neue Kombination: Ferngas- und Gruppengasverföhrung.

Ein jahrelang erbittert geführter Kampf ist mit einem Kompromiß einvernehmlich beendet worden. Köln wird mit der Ruhr-Gas- u. G. und Thyssen zusammen eine neue Gesellschaft zur Verforgung Kölns und eines weiteren Gebietes mit Gas bilden. Dieser Weg bedeutet eine Verbindung von Ferngas- und Gruppengasverföhrung. Köln hat, wie die Denkschrift zeigt, sehr billige Preise für die Gaslieferung herausgeholt, außerdem behält es seinen Kohlenfelder-Anteil zu beliebiger Verwendung.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen drei Angebote: erstens das Angebot der Ruhrgas- u. G. und der Thyssenschen Gas- und Wasserwerke über die Belieferung Kölns rein im Fernbezug; zweitens das Angebot der Frankfurter Gasgesellschaft in Gemeinschaft mit der Beche Wessfalen auf der Basis der Erbauung einer Kokerlei für den gesamten jetzigen und kommenden Gasbedarf im Industriegebiet in Köln, und drittens ein zweites Angebot der Ruhrgas- u. G. und der Thyssenschen Gas- und Wasserwerke zur Bildung einer Kölner Gasgesellschaft m. b. H., welche ebenfalls die Erbauung einer Kokerlei vorzöht, in der steter Produktionsleistung eine gewisse Menge selbst erzeugt, während der Mehrbedarf im Fernbezug aus dem Ruhr- und Aachener Gebiet, d. h. von Ruhrgas und Thyssen gedeckt wird.

Die beiden ersten Angebote sahen unter Zugrundelegung der Kohlenpreise und Löhne vom 1. Oktober 1927 Mengen bis 70 Mill. Kubikmeter für 3,15 Pf. pro Kubikmeter, über 70 Mill. Kubikmeter 3,05 Pf. und für Industriezweckmengen 3,0 Pf. pro Kubikmeter vor. Das dritte Angebot garantiert bei Abnahme bis 100 Mill. Kubikmeter 2,9 Pf., über 100 Mill. Kubikmeter 2,8 Pf. Für Industriezweckmengen bleibt besondere Vereinbarung fallweise vorbehalten. An der zünftigen der Stadt Köln und der Ruhrgas- u. G. zu gründenden Kölner Gasgesellschaft m. b. H. ist die Stadt mit 49 Proz., die Ruhrgas- u. G. zur Sicherung der Selbstverbraucherrechte (für die Kohlenpreiskontrollen) mit 51 Prozent beteiligt.

Die Gesellschaft errichtet im Kölner Industriegebiet bei Niehl auf einem etwa 80 000 Quadratmeter großen Gelände mit einer Rheinfront von 110 bis 120 Meter eine moderne Kokerlei mit einer Anfangskapazität von 60 Mill. Kubikmeter, die nach vollem Ausbau auf 200 Mill. Kubikmeter gesteigert werden soll. Dieser Stützpunkt soll nicht nur das engere Kölner Industriegebiet, sondern darüber hinaus das gesamte Gebiet des Rheins bis Koblenz versorgen. Eine sehr wichtige Bestimmung besteht darin, daß — erstmalig zum zehnten Jahre — die Gesellschaft der Stadt Köln ein Optionsrecht (Uebernehmerrecht) auf ihre 51 Prozent einräumt. In Zeitabschnitten von zehn zu zehn Jahren kann dies wiederholt werden. Gibt die Stadt das Optionsrecht nicht aus, obwohl sie über eigene Kohle verfügt, so tritt die Ruhrgas- u. G. 2 Prozent ihrer Anteile an die Stadt Köln ab, so daß das umgekehrte Beteiligungsverhältnis eintritt. Im Anschluß an die Kölner Kokerlei baut die Ruhrgas- u. G. auf ihre Kosten außerdem eine Wassergas-Heizeranlage, um in Notfällen infolge Streiks oder Störungen in den Lieferungen das Gebiet bis Koblenz, mit Ausnahme der reinen Industriezweckmengen, versorgen zu können.

Kommt die Lösung nach dem dritten Angebot zustande, so würde eine Ringleitung Ruhrgebiet-Köln-Aachen-Ruhrgebiet gebaut werden.

Die Preise des letzten Angebots bezeichnet die Denkschrift als sehr günstig, da sie erstens 2,11 Pf. unter den heutigen Gekörungskosten in den Kölner Gaswerken, zweitens 1,63 Pf. unter dem von dem Deutschen Verein von Gas- und Wasserfachmännern errechneten Preis von 4,53 Pf. und drittens 0,6 Pf. unter dem niedrigsten Preis, der ermittelbar von einem Gasfachmann genannt und vertreten wurde, liegen. Bei 100 Mill. Kubikmeter Verbrauch würde das eine jährliche Ersparnis bedeuten erstens gegenüber den heutigen Gekörungskosten in Köln 1 910 000 M., zweitens gegenüber dem Preis der Wasserfachleute 1 630 000 M. und drittens gegenüber dem dort erwähnten niedrigsten Preis 600 000 M.

Die niederheinischen Kohlenfelder verbleiben im Besitz der Stadt Köln. Keines der drei Angebote erschwert in irgendeiner Weise den Besitz oder die eventuelle Ausschüttung der Fälder. Ihren zweifellosen Erfolg hat die Stadt Köln den Druckmitteln zu verdanken, die sie sich verschafft hatte. Darunter spielte der Zechenfelder-Betrieb nicht die letzte Rolle. In einem gewissen Stadium der Entwicklung der Ruhrgas- u. G. wurde ihr Monopolbestehen durch den Zechenbesitzerbeschluss unterstützt, an neue Gaslokereien keine Feinlöhe mehr zu liefern und an bestehende die Lieferung einzuschränken. Auf solche Pression antworteten Köln und Frankfurt mit dem Erwerb der Kesselschmelzen Kohlenfelder bei Mors von den Ver. Stahlwerken. Die Erwerbskosten betragen 16 Mill. Mark, 11 für die Kohlenfelder, 5 für Grundbesitz. Wenn Köln, wie es scheint, 700 000 M. jährlich gewonnen hat durch die niedrigen Preise, zu denen jetzt abgeschlossen wird, so bedeutet das ungefähr die ganzen Zinsen für die 8 Millionen Kölner Anteil an den Kohlenfeldern.

Vom Standpunkt der allgemeinen Volkswirtschaft ist eine Entwicklung wie im Falle Köln nur zu begrüßen, da sie den Wünschen der verkehrsreichen Wirtschaftszentren (Ruhr und Aachen) Rechnung trägt, Monopolverkehr ausschaltet und jeder Entwicklung freie Hand läßt.

Die Rheinische u. G. für Braunkohlenbergbau

(Silberberg, mit erheblichem Einfluß auf die Saarländer Bergbau- u. G.) blüht auf ein gutes Jahr zurück. Sie wird zwar „nur“ 10 Prozent Dividende verteilen.

Die Kohlenförderung der Gesellschaft erhöhte sich von 14,92 auf 16,21 Millionen Tonnen oder um 8,61 Prozent. Die Bruttoherstellung stieg von 3,72 auf 4,01 Mill. T. oder um 7,97 Prozent. Mit den geschäftlichen Ergebnissen ist der Bericht „im allgemeinen zufrieden“.

Der Rohgewinn beträgt 13,62 Mill. M. gegen 12,87 im Vorjahre. Für Abschreibungen sind 6,04 (5,39) Mill. M. angesetzt. Der Reingewinn wird mit 7,58 Mill. M. ausgewiesen.

Interessant ist die vorgeschlagene Kapitalerhöhung. Das Kapital soll von 67,2 auf 80 Mill. M. erhöht werden. Die bisherigen 7,3 Mill. M. Vorkaufaktien werden in Stammaktien umgewandelt gegen Zahlung von rund 130 Prozent, während der Kurswert in der letzten Zeit 205 Prozent betrug!

Für die Braunkohlenbetriebe braucht Silberberg das erhöhte Kapital nicht, es ist also für Transaktionen auf anderen Gebieten der Montanindustrie bestimmt.

Kalispetulation.

Die Kurse elsfässischer Kaligewerkschaften sind an den Börsen sprunghaft im Kurs gestiegen. So notierten Marie, Marielouise am 15. Juni 700, am 10. Juli 975, während Reichsland am 15. Juni 440 und am 10. Juli 1690 notierte.

Warum? Weil neuerdings wieder Verhandlungen über die Entschädigung geführt werden, die den früheren deutschen Besitzern der elsfässischen Kaliverke gewährt werden soll.

Aus dem Erdölrevier.

Da lahen die Hühner!

Unser Verband, im Verein mit der anderen Tariforganisation, dem Deutschen Metallarbeiterverband, hatte das Arbeitszeitabkommen in der Erdölindustrie zum 1. Juli gekündigt. Am 14. Juni fanden dieserhalb Verhandlungen über ein neues Abkommen mit den Unternehmern statt. Die Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig, denn die Unternehmer lehnten jedes Zugeständnis in der Arbeitszeitfrage ab. Es erfolgte schließlich eine Einigung dahingehend, daß Sonnabends die Mehrarbeit nicht mehr verfahren wird, so daß für diesen Tag die gesetzliche Arbeitszeit Geltung hat.

Diese Neuregelung hat viele Kameraden, genau wie uns selber, nicht befriedigt. Aber großes Kommen kann hier nicht mühen, denn es ist zwecklos, sich darüber hinwegzutäuschen: Lohn- und Arbeitszeitfragen sind Machtkämpfe! Das sollen besonders jene sich gesagt sein lassen, die da glauben, mit Unorganisierten die Welt zu erobern, oder daß unbefriedigende Erfolge nur Schuld der Führer sei. Wenn hier Schuldige gesucht werden können für den geringen Erfolg, dann nur unter den Unorganisierten, die rein gar nichts zur Unterbreitung des Kampfes mit den Unternehmern beitragen. Und wenn wir heute in der Erdölindustrie von zwölf Stunden Mehrarbeit auf fünf Stunden pro Woche gekommen sind, so ist dieses allein ein Erfolg der organisierten Kameraden, also des Verbandes. Auch der Schlichter ist in seinen Entscheidungen stark bestimmt vom jeweiligen Machtverhältnis.

In der Lohnfrage gelten dieselben Voraussetzungen. Es soll und wird nicht bestritten, daß die Löhne in der Erdölindustrie nicht die besten sind. Vor allen ist zu kritisieren die Spannung in der Lohnfrage zwischen Spitzenlohn und dem Lohn der Schlämmer und Hofarbeiten. Diese Spannung zu beseitigen, kann aber nur geschehen, wenn die Kameraden eifrig sind in ihrem Willen und sich im Verband zur Abwehr zusammenschließen.

Weiter bleibt hier noch viel zu wünschen übrig in unserem Revier. Wohl erlebt man alle Jahre beim Bergmanns-Schützenfest, daß die radikalsten Schreier und Kritiker an der Verbandsarbeit bei solchen Unternehmertreffen die erste Geige spielen. Wären diese Rumpels, dadurch ihre Lebenslage zu verbessern, daß sie sich vom Herrn Direktor Große am Bergmanns-Schützenfest durch dessen Steiger Biermarken ausbändigen lassen? Arme Rumpels, warum kämpft ihr nicht mit euren organisierten Kameraden, damit ihr soviel Lohn bekommt, um auch selbst ein Glas Bier kaufen zu können? Denkt ihr an solchen Tagen denn gar nicht mehr an die Rosenamen „Dumpe“, „Dyke“ usw., die man von jener Seite umhin im Delschacht bei der Arbeit allein für euch übrig hat? Es ist ein Skandal, zu hören, daß bei solchen Festen manchmal einige Vorgesetzte sich den Scherz erlauben, die Biermarken zu vertieren und daß dann die Rumpels wie Hühner hinterher huppen, um sich dieselben anzueignen. Wirklich, da könnten die Hühner lachen über solche Arbeiterkämpfer. Aber da muß auch jedem kaltenblütigen Kameraden die Schamröte ins Gesicht steigen. Selbst bei diesen Vorkommen zeigen sich die ehrbaren „Vorgesetzten“ in Form und traktieren ungeschickte Biermarkensucher mit den gewohnten Rosenamen aus dem Delschacht.

Kameraden des Delschachtes! Ein altes Sprichwort sagt: „Wie man sich bettet, so schläft man.“ Nicht Bergmanns-Schützenfeste helfen euch über euer Elend hinweg, sondern nur eine starke Organisation. Der Verband ist die Lebensgemeinschaft der Arbeiter, die euch allein eine achtbare Stellung und gesellschaftlichen Aufstieg sichert. Die gesteckten Ziele können nur erreicht werden, wenn alle Kameraden daran mitarbeiten. Darum, Kameraden: Steht in den Reihen der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, damit wir stark genug werden, um menschenwürdige Verhältnisse für uns zu schaffen!

